

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Konstantin Pritzel

Die Tschechoslowakei
und der sozialistische
Internationalismus in Aktion

Hans Lades

Die sowjetkommunistische
Regionaltaktik
für Westeuropa

B 37/68

11. September 1968

Konstantin Pritzel, Dr. jur., geb. 1913 in Berlin, Studium der Naturwissenschaften und der Rechtswissenschaft in Berlin und Jena, seit 1962 Mitarbeiter in der ostpolitischen Redaktion von RIAS-Berlin.

Hans Lades, Dr. phil., Professor für Mittlere und Neuere Geschichte an der Universität in Erlangen und Leiter des Instituts für Gesellschaft und Wissenschaft in Mitteldeutschland in Erlangen, geb. 23. Februar 1908 in Nürnberg.

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, 53 Bonn/Rhein, Berliner Freiheit 7.

Redaktion: Dr. Enno Bartels

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, 2 Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23, Tel. 34 12 51, nimmt entgegen:

Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;

Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preise von DM 6,— vierteljährlich (einschließlich DM 0,31 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;

Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 5,29 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung der herausgebenden Stelle dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Die Tschechoslowakei und der sozialistische Internationalismus in Aktion

Vorwort

Am Sonnabend, dem 15. Juni 1968, kehrte eine tschechoslowakische Parlamentsdelegation aus Moskau nach Prag zurück. Zu den Mitgliedern der Delegation gehörten auch der stellvertretende Vorsitzende der Nationalversammlung und Abgeordnete der Volkspartei J. Zednik. Über seine Eindrücke befragt, führte er in einem Interview aus ¹⁾:

„... Vormittags besuchten wir Leonid Breschnew. Er empfing uns sehr herzlich, und die Unterhaltung dauerte volle zwei Stunden — länger, als das Protokoll vorgesehen hatte ... Breschnew erklärte, daß sowjetischerseits gewisse Fehler gemacht worden waren, aber es hatte sich entschieden um keine Beeinflussung der Entwicklung in der Tschechoslowakei gehandelt ... Breschnew sprach wirklich gefühlvoll sein Bedauern darüber aus, was von Fall zu Fall vorgekommen war, während bei ihnen — wie wir uns selbst überzeugen konnten — das Verhältnis zur ČSSR unverändert innig und herzlich bleibe. Er respektiere sehr unsere Bedingungen, von denen wir derzeit ausgehen, bedauere nur, daß es zu Extremen käme und daß die Sowjetunion angegriffen würde. Ich hatte nicht gedacht, in den Augen eines so hohen Funktionärs und Frontsoldaten Tränen zu sehen. Er sagte sogar ungefähr dies — ich zitiere nicht wörtlich, der Sinn jedoch bleibt — ‚Die Sowjetunion ist bereit, sich sogar vor

einem internationalen Gerichtshof gegen die ungerechten Beschuldigungen zu verteidigen, die im Zusammenhang mit den Ereignissen in der ČSSR erhoben wurden. Niemand habe Anweisungen gegeben, es solle dies oder jenes geschehen.‘ Breschnew erklärte, sie hätten Polen nie zur Sozialisierung gezwungen, weshalb hätten sie es im Falle der ČSSR tun sollen?“

In der Nacht vom 20. auf den 21. August fielen sowjetische, bulgarische, polnische, ungarische und sowjetzonale Truppen in die Tschechoslo-

Hans Lades

Die sowjetkommunistische Regionaltaktik
für Westeuropa S. 19

wakei ein. In der am darauffolgenden Tag von der sowjetischen Nachrichtenagentur TASS herausgegebenen Mitteilung steht der Satz:

„Diese Länder sind einmütig darin, daß die Unterstützung, die Festigung und der Schutz der sozialistischen Errungenschaften der Völker die gemeinsame internationale Pflicht aller sozialistischen Staaten ist. Dieser ihr gemeinsamer Standpunkt wurde auch in der Bratislavaer Erklärung feierlich verkündet.“ ²⁾

1. Der Sturz Novotnys

Bereits auf dem Oktober-Plenum 1967 des Zentralkomitees der KPC war es zu Auseinandersetzungen zwischen Novotny und seinem späteren Nachfolger Dubček gekommen. Als kurz darauf der sowjetische Parteichef Breschnew zu einem Blitzbesuch in Prag erschien, wurde dieser Besuch auf der nächsten ZK-Sitzung zum Stein des Anstoßes. Eine ehemaliger Sportfunktionär wollte wissen, wer Breschnew eingeladen hätte und ob es darum ginge, die in Gang befindliche Abwahl Novotnys zu verhindern. Daß es tatsächlich darum ging, sollte sich sehr schnell bestätigen.

Der sowjetische Botschafter in Prag, Tscheronenko, versuchte den Mitgliedern des Zentralkomitees klarzumachen, daß Novotny im Amt bleiben müsse, und auch der Botschafter der DDR in Prag, Florin, erhob nachdrücklich dahin gehende Vorstellungen. Gestützt auf diese Interventionen und sich auf die Loyalität der Polizeiformationen verlassend, zog Novotny Anfang Januar sein kurz vorher unter-

¹⁾ Lidova democracie vom 17. 6. 68 und npa/ČTK vom 17. 6. 68.

²⁾ TASS vom 21. 8. 68 und Neues Deutschland vom 21. 8. 68.

INHALT

Vorwort

1. Der Sturz Novotnys
2. Umbildung der Parteispitze und das Regierungsaktionsprogramm der KPC
 - a) Der Parteiapparat
 - b) Die Regierung
 - c) Aktionsprogramm der KPC
3. Politische und ideologische Aspekte des Demokratisierungsprozesses in der CSSR
4. Besprechungen und Konferenzen von Januar bis Mai 1968
5. Die SED als lautstärkster Gegner der Prager Reformer
 - a) Propagandakampagne und Pressepolemik
 - b) Parteiinterne Instruktionen
 - c) Der Erneuerungsprozeß in der CSSR und die Rolle der SED in Deutschland
 - d) Selbstmorde von Anhängern Novotnys — die Angst als Motiv der SED-Funktionäre
6. Konzertierte Aktion gegen Prag
7. Die Konferenzen von Warschau und Preßburg
8. Die Konferenz von Schwarzau an der Theiß — Divergenzen in der Führung der KPdSU
9. Die militärische Bedrohung der CSSR
10. Tito, Ulbricht und Ceausescu in der Tschechoslowakei
11. Die militärische Besetzung des Landes

breitetes Rücktrittsgesuch zurück. Aber der Lauf der Dinge war nicht mehr aufzuhalten. In der ersten geheimen Abstimmung in der Geschichte des ZK der KPC wurde der Chef der slowakischen Parteiorganisation, Anton Dubček, zum Ersten Sekretär gewählt.

Bald darauf sollten sich mit der Flucht des Generalmajors und Sekretärs der Parteiorganisation der politischen Hauptverwaltung im Verteidigungsministerium, Sejna, nach den USA bereits vorher aufgetauchte Meldungen bestätigen, wonach die mit Novotny liierte militärische Führungsspitze mit Hilfe des Einsatzes der 1. Panzerdivision, einer Eliteformation des Warschauer Paktes, den Machtwechsel hatte verhindern wollen. Es kann heute kaum noch einen Zweifel darüber geben, daß der 5. Januar 1968, der Tag, an dem das ZK der KPC Anton Novotny seiner Funktion als Parteichef enthob, in die Geschichte der Tschechoslowakei eingehen wird. Mit dieser Maßnahme wurde ein Prozeß ausgelöst,

der zur Zeit noch in vollem Gange ist und dessen Ausgang sich noch nicht absehen läßt.

Die nun folgenden Wochen waren gekennzeichnet durch lebhaftere innenpolitische Auseinandersetzungen und das Vordringen der reformwilligen Kräfte in allen Bereichen des öffentlichen Lebens:

- Am 5. März 1968 wurde der Chefideologe Jiri Hendrych abgesetzt ³⁾.
- Am 8. März forderten Generalstabsoffiziere in einem offenen Brief den Rücktritt Novotnys vom Amt des Staatspräsidenten.
- Am 9. März begannen im ganzen Lande Sitzungen der Örtlichen Parteikomitees, auf denen eine Weiterführung des Prozesses der Demokratisierung gefordert wurde.
- Am 12. März mußte der Gewerkschaftschef Miroslav Pastyric seinen Posten zur Verfügung stellen.
- Am 14. März wurde Michal Chudik, der Vorsitzende des slowakischen Nationalrates, abgesetzt, nachdem er sich auf der Januar-Tagung des ZK für Novotny eingesetzt hatte.
- Am 15. März wurden Innenminister Kudrna und Staatsanwalt Jan Bartuska entlassen. Beide galten als Gefolgsleute Novotnys und waren durch ihre stalinistische Vergangenheit schwer belastet.
- Am 16. März bekräftigte Dubček seinen Willen zur Demokratisierung des Landes. Die Presse begann sich mehr und mehr von den Fesseln der Zensur zu befreien.

Am 22. März bot Novotny dem Präsidium der Nationalversammlung seinen Rücktritt als Staatschef an. Der Rücktritt, der angenommen wurde, löste eine Welle von Demissionen und Entlassungen aus.

Am 30. März wählte die tschechoslowakische Nationalversammlung — erstmalig seit der sozialistischen Umgestaltung in geheimer Wahl — den früheren Verteidigungsminister Ludwig Svoboda zum Staatspräsidenten.

³⁾ Hendrych war zur Schlüsselfigur der Auseinandersetzungen mit den tschechoslowakischen Schriftstellern und Intellektuellen geworden. Den Höhepunkt erreichten diese Auseinandersetzungen auf dem 4. Kongreß des Schriftstellerverbandes im Juni 1967, als die Parteifunktionäre unter Führung Hendrychs die Neuwahl des Präsidiums und des Sekretariats verhinderten. Als H. im Dezember 1967 dann in Dubček den kommenden Mann zu erkennen glaubte, versuchte er, die Fronten zu wechseln. Seine Gegner aber mit Prof. Goldstücker, dem Rektor der Prager Universität und neugewählten Präsidenten des Schriftstellerverbandes an der Spitze, forderten seine Abberufung als Leiter der ideologischen Kommission des ZK. Sein Nachfolger wurde Josef Spaček.

2. Umbildung der Parteispitze und Regierung — Aktionsprogramm der KPC

a) Der Parteiapparat

Bereits auf der Plenarsitzung des ZK der KPC im Januar 1968 war beschlossen worden, die bisher bestehende Personalunion für die Funktion des Parteichefs und Staatschefs aufzuheben. Gleichzeitig wurde eine Reihe von Personalveränderungen in den Führungsgremien der

Partei vorgenommen, denen weitere mit der ZK-Tagung vom 5. April folgten. Die nachstehende Übersicht zeigt die personelle Zusammensetzung des Präsidiums und Sekretariats des ZK der KPC nach dem 13. Parteikongreß im Juni 1966 sowie nach den ZK-Tagungen im Januar und April 1968:

Das Parteipräsidium

Nach dem 13. Parteikongreß	ZK-Plenum 5. Jan. 68	ZK-Plenum 5. April 68
Alexander Dubček	Dubček	Dubček
Oldrich Černik	Černik	Černik
Drahomir Kolder	Kolder	Kolder
Jozef Lenart	Lenart	
Otakar Simunek	Simunek	
Antonin Novotny	Novotny	
Jiri Hendrych	Hendrych	
Jaromir Dolansky	Dolansky	
Michal Chudik	Chudik	
Bohuslav Lastovicka	Lastovicka	
	Jan Piller	Piller
	Josef Spaček	Spaček
	Emil Rigo	Rigo
	Josef Boruvka	
		Frantisek Barbirek
		Vasil Bilak
		Frantisek Kriegel
		Josef Smrkovsky
		Oldrich Svestka

Das Sekretariat

Erster Sekretär		
Antonin Novotny	Alexander Dubček	Dubček
Sekretäre		
Drahomir Kolder	Kolder	Kolder
Jiri Hendrych	Hendrych	
Vladimir Koucky	Koucky	
Lubomir Strougal	Strougal	
	Stefan Sadovsky	Sadovsky
		Cestmir Cisar
		Alois Indra
		Jozef Lenart

b) Die Regierung

Am 8. April stellte der nunmehrige tschechoslowakische Staatschef Svoboda die neue Regierung vor. Zum Ministerpräsidenten wurde Oldrich Černik, zu seinen Stellvertretern Dr. Colotka, Frantisek Hamouz, Dr. Gusav Husak, Dr. Ota Sik und Dr. Lubomir Strougal ernannt. Die am selben Tage auf der Prager Burg unterbreitete Regierungserklärung war auf drei Hauptthemen orientiert:

1. Auf die mit der Sicherstellung der demokratischen und bürgerlichen Rechte und der Gleichberechtigung aller in der Tschechoslowakei lebenden Nationalitäten zusammenhängenden Fragen und auf die Rehabilitierung und Beseitigung aller Ungesetzlichkeiten der vergangenen Jahre.
2. Auf die Umgestaltung der Volkswirtschaft, die Probleme des Außenhandels und die Verbesserung des Lebensniveaus der Bevölkerung.
3. Auf die Fragen der Außenpolitik und der Gewährleistung der Sicherheit des Landes ⁴⁾.

c) Aktionsprogramm der KPČ

Am 11. April beschloß das ZK der KPČ ein neues Aktionsprogramm, das den künftigen Weg der Partei festlegte. Als besonders bedeutungsvolle Leitsätze seien aus diesem Programm, dessen offizielle Bezeichnung „Der Weg der Tschechoslowakei zum Sozialismus“ lautet, die folgenden zitiert ⁵⁾.

„Das Wesentliche ist die Reform des gesamten politischen Systems, die eine dynamische Entwicklung der sozialistischen gesellschaftlichen Verhältnisse, die Kombination einer breiten Demokratie mit einem hochqualifizierten und wissenschaftlichen Management, die Stärkung der Gesellschaftsordnung, die Stabilisierung der sozialistischen Verhältnisse und die Aufrechterhaltung der gesellschaftlichen Disziplin ermöglicht. Die Grundstruktur des politischen Systems muß gleichzeitig feste Garantien gegen eine Rückkehr zu den alten Methoden des Subjektivismus und der Willkür

aus einer einzigen Machtstellung heraus vorsehen. Die grundsätzliche Orientierung der tschechoslowakischen Außenpolitik ist das Bündnis und die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern. . . .

Es ist nicht möglich, von einer Position der Macht aus durch willkürliche Interpretation vorzuschreiben, welche Informationen den werktätigen Menschen zugänglich gemacht werden, welche Auffassungen öffentlich bekundet und wo die öffentliche Meinung eine Rolle spielen könne. Die Gesetze müssen auch die Redefreiheit von Minderheiten nachhaltig garantieren. Die verfassungsrechtliche Freizügigkeit, insbesondere die Reisen von Bürgern ins Ausland, müssen durch Gesetz garantiert werden. . . . Niemand darf ohne Grund in die Position eines Emigranten gebracht werden. Gleichzeitig müssen die Interessen des Staates gegen die Abwanderung gewisser Kategorien von Fachkräften geschützt werden. . . .

Der tieferliegende Grund für die Beibehaltung überholter Methoden der Wirtschaftslenkung war die Deformation des politischen Systems gewesen. Außerdem war es Anfang der 60er Jahre auf Grund der ungünstigen außenwirtschaftlichen Lage zu einem Zustand ernsthaften wirtschaftlichen Ungleichgewichts gekommen. Die unmittelbare Ursache früherer Unzulänglichkeiten lag darin, daß es innerhalb der Partei eine zu starke Konzentration der Entscheidungsgewalt gegeben hat und daß einzelne Personen, insbesondere der Genosse Antonin Novotny, eine außergewöhnliche Position innehatte. . . .

Das Programm der Demokratisierung der Wirtschaft umfaßt insbesondere die Herbeiführung der Unabhängigkeit von Unternehmen und Unternehmensgruppen, deren relative Unabhängigkeit von den Staatsorganen, die volle und wirkliche Geltendmachung des Rechts des Verbrauchers auf Bestimmung seines Konsums und seines Lebensstils, das Recht auf freie Berufswahl sowie das Recht, die echte Möglichkeit von werktätigen und gesellschaftlichen Gruppen, bei der Gestaltung der Wirtschaftspolitik ihre eigenen wirtschaftlichen Interessen zu formulieren und zu verfechten.“

⁴⁾ Zusammenfassung in ČTK/npa vom 24. 4. 1968.

⁵⁾ Rude Prawo vom 12. 4. 1968.

3. Politische und ideologische Aspekte des Demokratisierungsprozesses in der CSSR

Die Ablösung der stalinistischen Machthaber mit Novotny an der Spitze und die Einleitung des Demokratisierungsprozesses in der ČSSR sind wesensmäßige Bestandteile eines im gesamten internationalen Kommunismus spürbaren Prozesses. Es handelt sich um Auseinandersetzungen zwischen dem orthodoxen Flügel des kommunistischen Lagers und den nach Modernisierung, Liberalisierung und Unabhängigkeit von der sowjetischen Bevormundung drängenden Kräften.

Dieser Konflikt hat politische und ideologische Aspekte. Was die politische Seite angeht, so wäre hier zunächst darauf hinzuweisen, daß mit dem Erneuerungsprozeß in der ČSSR zu keinem Zeitpunkt die sozialistische Ordnung im Innern und die Zugehörigkeit zum Pakt-system der sozialistischen Staaten als Prinzip der Außenpolitik in Frage gestellt wurde. Wohl aber bedeutet die tschechoslowakische Version des Sozialismus die Anerkennung der Würde und der Rechte des einzelnen Menschen im Sinne der Charta der Vereinten Nationen, die Besinnung der Völker der Tschechoslowakei auf ihre nationale Integrität und auf das Recht der eigenverantwortlichen Gestaltung ihrer inneren Ordnung. Unverkennbar spielen hier als Elemente der Reform der Dualismus zwischen den tschechischen und slowakischen Volksteilen, aber auch die Verletzung der Würde und des nationalen Bewußtseins des gesamten Volkes, wie sie seit 1948 durch die Mißachtung der Person des Gründers der tschechoslowakischen Republik, Thomas Masaryk, geschah, eine nicht zu unterschätzende Rolle.

Weiterhin erstreckt sich der Prozeß der Demokratisierung auf die eigenverantwortliche Wahrnehmung der wirtschaftlichen Interessen sowie auf die Gestaltung der gesamtwirtschaftlichen Ordnung im Rahmen der sozialistischen Grundvorstellungen. Und es bedeutet schließlich die Verwirklichung des auf zahllosen Tagungen und Konferenzen immer wieder manifestierten Grundsatzes der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, was

auf die Absage an die sowjetische Suprematie und die Umwandlung der bestehenden hegemonialen Bündnissysteme (Warschauer Pakt, Comecon) in Gemeinschaften wirklich gleichberechtigter Partner hinausläuft.

In ideologischer Hinsicht bedeutet der Demokratisierungsprozeß die Bereinigung des marxistisch-sozialistischen Gedankengutes von gewissen leninistisch-stalinistischen Entartungen, und als wichtigste Schlußfolgerung daraus eine Neudefinierung des Wesens und der Rolle der kommunistischen Partei. Die Spaltung der russischen Sozialdemokratie in Menschewiken und Bolschewiken um die Jahrhundertwende erfolgte im Zeichen der Meinungsverschiedenheiten über die Partei. Für die Menschewiken war sie eine lose Gemeinschaft von Menschen mit gleichen politischen Idealen. Lenin dagegen sah in der Partei eine disziplinierte und organisierte Gruppe von zu allem entschlossenen Berufsrevolutionären, von Kämpfern um die politische Macht. Sozialisten, Arbeiterführer und Gewerkschafter, die seine Theorien nicht teilten und nicht im Sinne seiner Auffassungen handelten, waren für ihn nichts anderes als von Imperialisten gekaufte Diversanten, Spione und Verräter.

Neben den rein machtpolitischen, strategischen und wirtschaftspolitischen Fragen mußten vor allem auch diese ideologischen Aspekte zu einer Konfrontation mit der Sowjetunion und ihren orthodoxen Verbündeten führen. Von dem Sonderfall der DDR einmal abgesehen, bildet die Tschechoslowakei das einzige industriell fortgeschrittene Land, in dem — wenn auch mit Hilfe des sowjetischen Militärs — die sowjetische Version des Sozialismus nach 1945 eingeführt worden war. Die Abkehr des Landes von dieser Ordnung mußte nun von vornherein den Gedanken der Unbrauchbarkeit des sowjetischen Systems für höher entwickelte moderne Industriegesellschaften nahelegen. So barg der tschechoslowakische Erneuerungsprozeß auch die Gefahr einer Kettenreaktion, ja sogar von Fernwirkungen bis hinein in die Sowjetunion in sich.

4. Besprechungen und Konferenzen von Januar bis Mai 1968

Aus dieser Sicht der Dinge erklärt sich das Interesse, das von seiten der Sowjetunion und des gesamten stalinistischen Flügels den Vorgängen in der ČSSR von Anfang an entgegen gebracht wurde. Dieses Interesse fand seinen Ausdruck u. a. in einer Serie von Begegnungen, Besprechungen und Konferenzen, die in den Monaten Januar bis Mai 1968 stattfanden. Alle diese Veranstaltungen hatten letzten Endes gemeinsam, daß die Vertreter des orthodoxen Lagers versuchten, die ihnen unbequeme Entwicklung in der ČSSR zu beeinflussen und den Demokratisierungsprozeß in eine ihnen annehmbare Richtung zu kanalisieren. Andererseits war es das Anliegen der Prager Reformer, Verständnis für den von ihnen beschrittenen Weg zu wecken und die Gegner wenigstens zum Stillhalten zu veranlassen. In diesem Sinne sind hier die folgenden bilateralen und multilateralen Begegnungen zu vermerken:

Nach dem überraschenden Erscheinen Breschnews am 8. Dezember 1967 in Prag folgte am 29. und 30. Januar 1968 die erste offizielle Reise Dubčeks als Parteichef nach Moskau, wo dem Kommuniqué nach vor allem über „Fragen des weiteren Ausbaus der tschechoslowakisch-sowjetischen Zusammenarbeit auf verschiedenen Gebieten und vor allem über einige Fragen der internationalen Politik und der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung...“ gesprochen wurde.

Am 6. und 7. März 1968 fand in Sofia eine Tagung des politischen beratenden Ausschusses der Mitgliedstaaten des Warschauer Vertrages statt.

Am 23. März 1968 trafen sich in Dresden die Parteichefs und Ministerpräsidenten der So-

wjetunion (Breschnew und Kossygin), der Tschechoslowakei (Dubček und Lenart), Ungarns (Kadar und Fock), Polens (Gomulka und Cyrankiewicz) sowie der DDR (Ulbricht und Stoph); aus Bulgarien waren das Politbüromitglied Todorow und der stellv. Ministerpräsident Sch. Schiwkoff erschienen. Rumänien hatte keine Delegation entsandt. Im Kommuniqué heißt es: „Die Vertreter der KPČ und der Regierung der ČSSR informierten über den Stand der Realisierung der Beschlüsse des Januarplenums des ZK der KPČ...“

Am 4. Mai 1968 traf der tschechoslowakische Parteichef Dubček in Begleitung des Parlamentspräsidenten Smrkovsky und des slowakischen Parteisekretärs Bilak zu einem Blitzbesuch in Moskau ein. Die Einladung des Kreml war unmittelbar nach der einstimmigen Annahme der Gesetze über die Sozial- und Wirtschaftsreform durch das Prager Parlament erfolgt.

Am 8. Mai 1968 fand in Moskau ein Treffen führender Funktionäre der Bulgarischen Kommunistischen Partei, der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei, der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei und der Kommunistischen Partei der Sowjetunion statt. Während des Treffens erfolgte ein Meinungsaustausch über aktuelle Probleme der internationalen Lage und der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung⁶⁾.

Auf Einladung des Präsidiums der KPČ und der Regierung hielt sich der sowjetische Ministerpräsident A. Kossygin vom 17. bis 25. Mai 1968 in der ČSSR auf, wobei er die Tage vom 19. bis 23. Mai in Karlsbad verbrachte.

5. Die SED als lautstärkster Gegner der Prager Reformer

a) Propagandakampagne und Pressepolemik

In gleichem Maße, wie Dubček und seine Freunde darangingen, ihr Reformprogramm zu verwirklichen, wuchs das Unbehagen auf seiten der kommunistischen Orthodoxie. Dabei trat die SED von Anfang an durch besondere Aggressivität hervor. Bereits Mitte Februar wurde die Verbreitung der „Prager Volkszeitung“ — das Organ der deutschsprachigen Volksgruppe in der ČSSR — eingeschränkt und Ende Juni ihr Vertrieb völlig unterbunden. Die SED war bemüht, tunlichst nichts über

den Umfang des Demokratisierungsprozesses in der ČSSR bekannt werden zu lassen. So sprach man nur von revisionistischen Tendenzen oder polemisierte ggf. gegen einzelne tschechoslowakische Funktionäre, Publizisten oder Wissenschaftler⁷⁾.

⁶⁾ Kommuniqué in: Neues Deutschland v. 9. 5. 1968.

⁷⁾ So wurden die tschechoslowakischen Professoren Snejdarek u. Filipeč im „Neuen Deutschland“ (11. 5. 68) und in der „Berliner Zeitung“ (15. 5. 68) angegriffen, weil sie an den Diskussionen der „Kreml-Runde“ des westdeutschen Fernsehens teilgenommen hatten.

Erklärungen und Maßnahmen der Reformer in Prag, die nicht in das politische Konzept der Einheitspartei paßten, wurden unterschlagen. Ost-Berliner ADN- und ND-Korrespondenten in Prag lieferten zwar regelmäßig Berichte, die jedoch nur selten gedruckt oder gesendet wurden.

In einer Prager Rundfunksendung antwortete am 11. März der Berliner Korrespondent des tschechoslowakischen Rundfunks auf die Frage, wie die Bürger in der DDR darüber informiert sind, was in der ČSSR geschieht:

„Sie sind überhaupt nicht informiert, weil die DDR-Presse darüber, was bei uns geschieht, nicht berichtet oder aus den Reden von Staatsmännern nur die Abschnitte bringt, die über positive Sachen sprechen. Zum Beispiel wurden aus der Rede Alexander Dubčeks auf der Prager Burg anläßlich des Februar-Jahrestages alle Passagen über die Fehler der Vergangenheit, über die Deformationen unserer sozialistischen Einrichtungen und auch über alle institutionellen Änderungen, die in der Zukunft durchgeführt werden sollen, ausgelassen.“

Etwa von April/Mai an läßt sich eine zweite Phase in der Behandlung der tschechoslowakischen Vorgänge durch die SED erkennen. War bisher nur von revisionistischen Tendenzen die Rede gewesen, so wurde nun der Vorwurf der „konterrevolutionären Umtriebe“ erhoben. Die erste Attacke dieser Art erfolgte auf dem Ost-Berliner Philosophie-Kongreß Ende April 1968, als der Chefideologe der SED, Hager, den damaligen tschechoslowakischen Forstminister und heutigen Präsidenten der Nationalversammlung Smrkowsky angriff und damit ernste diplomatische Proteste der Tschechoslowakei auslöste.

b) Parteiinterne Instruktionen

Wesentlich größeres Gewicht aber mußte einem anderen Vorgang beigemessen werden. Ende Mai/Anfang Juni veröffentlichten mehrere tschechoslowakische Zeitungen und Zeitschriften⁸⁾ Auszüge aus internen Instruktionen des SED-Zentralkomitees über die Lage in der ČSSR. Diese Instruktionen waren den Berichten nach im Mai auf Parteiaktivtagungen des SED verlesen sowie allen Redaktionen der

⁸⁾ Es handelte sich um die „Preßburger Prawda“, das Organ des tschechoslowakischen Schriftstellerverbandes Literarni Listy, sowie die Monatszeitschrift des tschechoslowakischen Schriftstellerverbandes „Reporter“. Von der SED ist die Echtheit dieser Instruktionen auch nach ihrer Veröffentlichung niemals dementiert worden.

Bezirkspresse zur Kenntnis gegeben worden. Wörtlich wurden aus diesen Instruktionen die folgenden Auszüge zitiert:

„Die KPČ hat praktisch die Macht verloren. Loyale Kommunisten wurden aus den höchsten Staatsorganen entfernt. Heimliche Feinde der Partei des Volkes, die direkt oder indirekt im Dienst des Imperialismus stehen, haben die führende Funktion eingenommen. Durch die Einführung geheimer Wahlen wurde auf den Parteikonferenzen die Wahl parteifeindlicher Kandidaten und die Abwahl bewährter Genossen ermöglicht. Die Rückkehr zum bourgoisen Vorkriegsregime ist im Aktionsprogramm der KPČ verankert. Dieses Programm richtet sich im Endeffekt gegen die Grundlagen des Sozialismus. Unter der Losung der Pressefreiheit wurde in der Tschechoslowakei der Konterrevolution Freiheit gewährt. Die konterrevolutionäre Politik hat bereits ungezählte gute Genossen, ergebene Söhne der Arbeiterklasse, zum Selbstmord bewogen. Gleichzeitig wurde der antisowjetischen Propaganda und der Propaganda für die Liquidierung des Bündnisses mit den sozialistischen Ländern Tür und Tor geöffnet. Die Versicherungen führender tschechoslowakischer Repräsentanten über ihre Freundschaft zur Sowjetunion und zu den verbündeten Ländern sind wertlos, weil diesen Leuten die Kontrolle über die Entwicklung aus den Händen gewichen ist, weil sie praktisch keine Macht mehr haben. Die Machtorgane haben die Kontrolle so weit verloren, daß an den Grenzen der Tschechoslowakei ein Durcheinander herrscht: Klassenfeinde und imperialistische Agenten können über die Grenzen ungehindert in die Tschechoslowakei eindringen. Sie können auch ihr technisches Spionagegerät über die Grenze bringen, da niemand ihr Gepäck kontrolliert.“

Die Entwicklung hat einen Punkt erreicht, wo sie aufhört, eine rein innere Angelegenheit der Tschechoslowakei zu sein. Das gegenwärtige tschechoslowakische Regime gestattet dem Feind das Eindringen in das Territorium des Warschauer Paktes, gefährdet die Sicherheit der Paktstaaten und verrät seine Verbündeten. Ein sozialistisches Land kann es sich nicht erlauben, dem untätig zuzusehen. Ein Einschreiten würde im Interesse der Verteidigung der sozialistischen Länder erfolgen und deshalb nicht als Einmischung gelten. Im Falle einer Intervention, die möglicherweise militärischen Charakter hätte, würde es sich selbstverständlich um einen kollektiven Schritt handeln.“

c) Der Erneuerungsprozeß in der ČSSR und die Rolle der SED in Deutschland

Diese extrem feindliche Haltung der SED gegen die Erneuerungsbestrebungen der KPC, wie sie insbesondere nach der Warschauer Konferenz in Erscheinung trat, läßt sich wohl am ehesten aus dem Gedankengut und den Erkenntnissen des polnischen Marxismusforschers Adam Schaff erklären. Schaff hatte in seinem Buch „Marxismus und menschliches Individuum“ den Prozeß der politischen und ideologischen Erosion im internationalen Kommunismus dahin gedeutet, daß sich die kommunistische Doktrin als nicht ausreichend erwiesen hätte, auf die Herausforderung durch den Nationalismus zu antworten, sofern eine solche Herausforderung von einem kommunistischen Staat ausgeht⁹⁾. Schaff hat damit nicht nur eine überzeugende Diagnose dieses Gesamtprozesses im kommunistischen Lager gestellt, sondern diese Diagnose ermöglicht es gleichzeitig, die spezifische Haltung der kommunistischen Machthaber in Mitteldeutschland zu verstehen und in ihren eigentlichen Motiven darzulegen. In dem Augenblick nämlich, in dem der gemeinhin als Erosion bezeichnete Auflockerungsprozeß des sozialistischen Lagers als eine Antwort auf die zugrunde liegenden nationalen Eigeninteressen verstanden wird, im gleichen Augenblick mußte dieser Prozeß für die SED zu einem existentiellen Problem, zu einem Problem von Sein oder Nichtsein werden. Er wurde es, weil diese Partei die Spaltung des Staates und der Nation und damit ein zutiefst antinationales Programm auf ihre Fahnen geschrieben hat oder hat schreiben müssen. So ist die SED von vorn herein nicht in der Lage, eine positive Antwort auf Entwicklungen wie die in der Tschechoslowakei zu geben. Die Führungsgruppe in der Partei — mit Ulbricht an der Spitze — ist sich offenbar dieser Problematik bewußt. Sie reagiert daher — aus ihrer Position logisch und verständlich — mit konsequenter Ablehnung aller Versuche, den doktrinären Marxismus-Leninismus zu revidieren und den unbeschränkten Alleinherrschaftsanspruch der Partei, genauer einer Machtgruppe in dieser Partei, anzutasten. Sie verteidigt das von ihr in Mitteldeutschland geschaffene Herrschaftssystem als Erfüllung der Wünsche und Ziele der sozialistischen deutschen Arbeiterbewegung und stellt es als

⁹⁾ Hierzu siehe auch Brzezinski, Der Sowjetblock, Einheit und Konflikt, Köln und Berlin 1962, S. 406. Und ders., Staatliche Beziehungen und Ideologie, in: Osteuropäische Rundschau 4/1967.

Modell für eine Wiedervereinigung der heute getrennten Teile Deutschlands hin. Sie beschwört insbesondere die Einheit und Geschlossenheit des kommunistischen Weltlagers, was bei Licht besehen auf eine noch engere Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und die vorbehaltlose Anerkennung des Führungsanspruchs der KPdSU hinausläuft¹⁰⁾.

d) Selbstmorde von Anhängern Novotnys — Die Angst als Motiv der SED-Funktionäre

Neben den Schlußfolgerungen, die die SED aus den politischen und ideologischen Aspekten der Vorgänge in der Tschechoslowakei ableitete, gab es noch ein anderes Motiv für die feindselige Haltung, die den Prager Reformern von seiten der Machthaber in Ost-Berlin entgegenschlugen: Die Angst um das persönliche Schicksal.

Im Zuge des Erneuerungsprozesses in der Tschechoslowakei verübten eine Reihe von Anhängern des früheren Partei- und Staatschefs Novotny Selbstmord. Die bekanntesten von ihnen waren:

Vladimir Janko, Generaloberst und stellvertretender Verteidigungsminister. Selbstmord am 14. März 1968 durch Erschießen. J. war einer der Generale, die während des Januar-Plenums einen Brief unterzeichneten, um die Absetzung Novotnys zu verhindern¹¹⁾.

Jan Bartuska, Staatsanwalt. Selbstmord am 15. März 1968 durch Erhängen.

Dr. J. Brestansky, Vizepräsident des Obersten Gerichts. B. war mit den Vorbereitungen der Rehabilitierungen befaßt. Seine Leiche wurde am 28. März 1968 in der Nähe von Babeři aufgefunden. Mord oder Selbstmord?¹²⁾.

Major Pokorny, leitender Funktionär des Sicherheitsdienstes des Innenministeriums. Auffindung der Leiche am 31. März 1968 bei Kaniči, Nähe Brünn¹³⁾.

Dr. Josef Sommer, in den fünfziger Jahren Arzt im Gefängnis in Ruzyně. Selbstmord am 26. April 1968 in seiner Prager Wohnung¹⁴⁾.

¹⁰⁾ Pritzel, Das Dilemma der SED, in: Deutsche Fragen Nr. 7, 1968, S. 121.

¹¹⁾ Vecerni Praha v. 23. 5. 1968.

¹²⁾ Kulturni Noviny v. 6. 4. 1968.

¹³⁾ FAZ v. 20. 4. 1968.

¹⁴⁾ Radio Prag am 26. 4. 1968.

Dr. Josef Pocepicky, Oberstleutnant und Leiter der Untersuchungsabteilung im Prager Polizeipräsidium. Selbstmord bei Marienbad am 27. April 1968.

Wie heute aufgrund zuverlässiger Informationen feststeht, haben gerade diese Meldungen über das Schicksal der Gefolgsleute Novotnys in Kreisen sowjetzonaler Partei- und Regie-

Ende Juni/Anfang Juli 1968 steuerte das Kesselreiben der orthodoxen Seite des kommunistischen Lagers gegen die Prager Reformer seinem Höhepunkt zu. Zu diesem Zeitpunkt wurde den Sowjets und ihren auf den gleichen Kurs eingeschworenen Verbündeten klar, daß mit den Wahlen zum Parteitag der KPČ im Herbst die Anhänger Novotnys auch in der Provinz ihre Positionen verlieren würden und damit die Hoffnung, von hier aus Einfluß auf den Gang der Dinge zu nehmen, also den Reformprozeß von innen her zum Stillstand zu bringen, zunichte würde. Vor allem aber war spätestens zu diesem Zeitpunkt klar, daß man in Prag mit der Demokratisierung Ernst machte, daß es sich nun nicht mehr nur um bestimmte Korrekturen am sowjetischen Wirtschaftsmodell und um einzelne kosmetische Operationen am politischen Gesamtsystem handelte, sondern ein tiefgreifender Prozeß gesellschaftlicher Umformung in Richtung auf eine Synthese von Sozialismus und Demokratie begonnen hatte. Das Organ des tschechoslowakischen Jugendverbandes „Mlada Fronta“ brachte diesen Gedanken zum Ausdruck, als es — die Gründe der Kampagne gegen den Erneuerungsprozeß in der ČSSR analysierend — schrieb ¹⁵⁾:

„Offenbar würde nichts geschehen, wenn es beim Januar bliebe, beim bloßen Austausch von Personen, und nicht der April, Mai und Juni gekommen wäre: Das Aktionsprogramm, die ersten Gesetze, das Gesetz über Rehabilitierung und über Aufhebung der Zensuren, die Vorbereitungen zum Parteitag, die dauernde Aktivität der Bürger.“

Von vier Seiten her wurden die reformwilligen Kräfte in Prag unter Druck gesetzt:

¹⁵⁾ Mlada Fronta vom 30. 7. 68.

rungsfunktionäre starken Eindruck gemacht und erhebliche Beunruhigung ausgelöst. Das gesamte Verhalten der SED, vor allem auch das Wild-um-sich-Schlagen nach allen Seiten und der immer offensichtlicher werdende Mangel an kritischer Überlegung und nüchterner Kalkulation in der politischen Strategie gegenüber Prag dürften sich nicht zuletzt aus dieser Tatsache erklären.

6. Konzertierte Aktion gegen Prag

1. Von seiten der mehr oder weniger auf der Moskauer Linie marschierenden kommunistischen Parteien. Diese Bestrebungen gipfelten in dem Versuch, die Führung der KPČ zur Teilnahme an einer Konferenz außerhalb des Landes zu bewegen, was nach Lage der Dinge nur auf eine Gerichtssitzung über die KPČ hinauslaufen konnte. Diese Konferenz wurde dann ohne Teilnahme der KPČ in Warschau durchgeführt und endete mit der Abfassung des „Gemeinsamen Briefes an das Zentralkomitee der KPČ“ ¹⁶⁾.

2. Durch die ostentative Verzögerung des Abzugs der auf tschechoslowakischem Territorium stehenden sowjetischen Truppen, der plötzlich anberaumten Kommandostabsübung „Böhmerwald“ und dem dann folgenden und als Manöver bezeichneten Aufmarsch einsatzfähiger Formationen an den Grenzen des Landes ¹⁷⁾.

3. Mit dem Hinweis auf die wirtschaftliche Abhängigkeit von der Sowjetunion ¹⁸⁾.

4. Durch eine großangelegte Propaganda- und Verleumdungskampagne unter Einsatz aller publizistischen Mittel. Diese Kampagne zielte darauf ab, den Versuch der Synthese von Demokratie und Sozialismus in der ČSSR als „konterrevolutionäre Tätigkeit“ zu brandmarken und die Politik der Prager Reformer als Unterstützung des westlichen Imperialismus unter Führung der Bundesrepublik und den USA hinzustellen. Als Vorwand diente vor allem das von dem kommunistischen Schriftsteller Ludvik Vakulik veröffentlichte „Manifest der 2000 Worte“, in dem er eine tatkräftige Demokratisierung verlangte ¹⁹⁾.

¹⁶⁾ Siehe Seite 12 f.

¹⁷⁾ Siehe Seite 15 f.

¹⁸⁾ Prawda vom 29. 7. 1968.

¹⁹⁾ Abdruck des Manifests in „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 6. 7. 1968

Ein weiterer Vorwand wurde offensichtlich von den späteren Interventen selbst geschaffen. Gemeint sind die plötzlichen Waffenfunde an verschiedenen Orten in der Tschechoslowakei, die von sowjetischen Presseorganen groß herausgestellt wurden ²⁰⁾.

Aber gerade diese Politik verschaffte Dubček und seiner Mannschaft eine bis dahin nicht gekannte Popularität im Lande. Es dürfte kaum jemals eine kommunistische Partei gegeben haben, die sich auf eine so breite Basis in der Bevölkerung stützen konnte ²¹⁾. Gleichzeitig förderte die Politik der offenen und versteckt-

ten Pressionen den Prozeß der Solidarisierung mit der erdrückenden Mehrheit aller anderen sozialistischen Parteien. Mit sichtlicher Genugtuung vermochten die Prager Parteiführer darauf hinzuweisen, daß die Manipulationen der Sowjets und ihrer Helfer nur von drei nicht-regierenden kommunistischen Parteien — soweit man diesen Begriff überhaupt hier verwenden kann — unterstützt wurden: von einer Gruppe griechischer Exilkommunisten, von der im Fahrwasser der SED schwimmenden illegalen KPD in der Bundesrepublik und von einer Gruppierung, die als SED West-Berlin firmiert.

7. Die Konferenzen von Warschau und Preßburg

Am 14. und 15. Juli 1968 kamen die Repräsentanten der kommunistischen Parteien Bulgariens, Polens, der Sowjetunion, Ungarns und der DDR in Warschau zu einer Konferenz zusammen. Die KPC hatte die Teilnahme abgelehnt, offensichtlich in der Erkenntnis, daß es sich weniger um eine Aussprache als um eine Gerichtssitzung handeln würde. Die kommunistische Partei Rumäniens war nicht eingeladen worden.

Wichtigstes Ergebnis der Konferenz, soweit bisher bekannt, war ein „Gemeinsamer Brief an das Zentralkomitee der KPC“. Es lohnt sich, hier einige Formulierungen dieses Warschauer Briefes ins Gedächtnis zu rufen. Da war z. B. die Rede von antisozialistischen und revisionistischen Kräften, die Presse, Rundfunk und Fernsehen in der CSSR an sich gerissen hätten, von Schwächen in der Führung des Landes durch die Partei und davon, daß die Konterrevolution der Partei eine Position nach der anderen entreißen würde. Die Angriffe der Verfasser des Warschauer Briefes aber gipfel-

ten in dem Vorwurf, daß in der CSSR eine für ein sozialistisches Land absolut unannehmbare Situation entstanden sei und die Bedrohung der Grundlagen des Sozialismus die gemeinsamen Lebensinteressen der übrigen sozialistischen Länder gefährde. Der Brief schloß mit den Sätzen:

„Angesichts der Gefahr der Konterrevolution muß sich auf Initiative der KPC die Stimme der Arbeiterklasse voll Geltung verschaffen. Wir möchten der Überzeugung Ausdruck geben, daß die KPC in Erkenntnis ihrer Verantwortung die erforderlichen Maßnahmen treffen wird, um der Reaktion den Weg zu versperren. In diesem Kampf können sie stets auf die Solidarität und jedwede Hilfe von seiten der sozialistischen Bruderländer rechnen.“ ²²⁾

Zweieinhalb Wochen später, vom 2. bis 3. August, fand die Preßburger Konferenz statt. Diesmal nahmen die Vertreter der KPC teil; die Rumänen fehlten wiederum. Ein Vergleich des Warschauer Briefes mit der in Preßburg verabschiedeten „Erklärung der kommunistischen und Arbeiterparteien sozialistischer Länder“ zeigt die Veränderungen in der politischen Landschaft, die in der Zwischenzeit eingetreten waren. Von den Vorwürfen gegen die KPC und vor allem von der Gefahr der Konterrevolution ist in der Preßburger Erklärung mit keinem Wort mehr die Rede. Mit der Beschwörung des proletarischen und sozialistischen Internationalismus, dem Bekenntnis zu den Grundideen des Marxismus-Leninismus und der Betonung der Rolle des Warschauer Paktes sowie des Rates für gegenseitige Wirtschafts-

²⁰⁾ Die Waffenfunde waren nach ihrer Entdeckung am 12. Juli zuerst von der „Prawda“ unter dem 19. 7. 1968 gemeldet worden. Unter dem 12. 8. veröffentlichte das tschechoslowakische Innenministerium das amtliche Untersuchungsergebnis über die in Westböhmen entdeckten Waffen. Darin heißt es, daß es sich um 20 Maschinenpistolen, 30 Pistolen und die dazugehörige Munition handelte und die Waffen höchstens drei Tage vor ihrer Entdeckung in das Versteck gebracht worden seien. Fingerabdrücke konnten an den Waffen nicht festgestellt werden und die zur Konservierung verwendete Vaseline sei in der CSSR für solche Zwecke nicht gebräuchlich.

²¹⁾ Über die Solidaritätsbekundungen der tschechoslowakischen Bevölkerung siehe den Bericht im „Spiegel“ vom 5. 7. 1968, S. 75 ff.

²²⁾ Neues Deutschland vom 18. 7. 1968.

hilfe liest sich die Erklärung eher wie eine der zahllosen früher abgegebenen Resolutionen und Deklarationen der kommunistischen Parteien. Auch die Hinweise auf die aggressive Tätigkeit der imperialistischen Kräfte in den USA, in der Bundesrepublik und in anderen Ländern wird man dieser schon bekannten Tradition zuzurechnen haben. Die Erklärung schließt mit dem Satz:

„Die Parteien, die an der Beratung von Bratislava teilgenommen haben und diese Erklärung abgeben, sind fest davon überzeugt, daß die in ihr geäußerten Standpunkte und Ansichten den Interessen aller Bruderländer und Bruderparteien, der Sache der unverbrüchlichen Freundschaft unserer Länder, den Interessen des Friedens, der Demokratie, der nationalen Unabhängigkeit und des Sozialismus entsprechen.“²³⁾

Damit stellt sich dann auch sofort die Frage nach den Gründen und Hintergründen dieses Wandels, nach dem, was hinter den Kulissen in Warschau, Schwarzau und Preßburg eigentlich vor sich ging. Erst nach und nach wird sich im weiteren Lauf der Ereignisse hierüber hinreichende Klarheit gewinnen lassen. Aber auch schon jetzt gibt es einige Indizien und Fakten, die aufschlußreich sind und festgehalten zu werden verdienen.

Dazu gehört vor allem die Tatsache, daß es — dies wenigstens ist im Augenblick mit hin-

reichender Sicherheit bekannt — der SED auf der Warschauer Konferenz gelang, die redaktionelle Bearbeitung des gemeinsamen Briefes an sich zu reißen und nunmehr unter der Federführung des ZK-Sekretärs und Kandidaten des Politbüros Hermann Axen ein Machwerk entstand, daß sich dann sehr schnell als wenig brauchbar zur konstruktiven Lösung des Konfliktes erweisen sollte²⁴⁾.

Damit findet auch gleichzeitig ein weiteres Faktum seine Erklärung. Während nämlich die übrigen Partner der Warschauer Konferenz einschließlich der Sowjetunion in den darauf folgenden Tagen ihre aggressive Polemik gegenüber der Tschechoslowakei milderten, den Akzent ihrer Propaganda mehr auf eine vorgebliche Bedrohung von außen legten, sich aber mit direkten Angriffen gegenüber der tschechoslowakischen Parteiführung zurückhielten, verfolgte die SED einen genau entgegengesetzten Kurs. Sie steigerte ihre Angriffe von Tag zu Tag, veröffentlichte zusätzlich eine besondere Stellungnahme ihres Politbüros²⁵⁾ und leistete schließlich unter Führung des „Neuen Deutschland“ eine Pressepolitik ein, deren politisches Niveau und deren sittlicher Tiefstand schlechterdings nicht mehr zu unterbieten waren. Offensichtlich ging es den Ost-Berliner Machthabern darum, die Notwendigkeit einer gewaltmäßigen Intervention in der Tschechoslowakei als unabdingbar hinzustellen²⁶⁾.

8. Die Konferenz von Schwarzau an der Theiß — Divergenzen in der Führung der KPdSU

Schon die plötzliche Einberufung der Warschauer Konferenz sowie der Wechsel zwischen heißer und kalter Dusche in der Behandlung der Prager Vorgänge ließ bei politischen Beobachtern den Gedanken bestimmter Meinungsverschiedenheiten in der Führung der KPdSU auftauchen²⁷⁾. Das äußere Bild so-

wie die Ergebnisse der Konferenz zwischen der KPdSU und der KPČ in Schwarzau an der Theiß (Cierna na Tisou), vor allem aber der spätere Ablauf der Dinge scheinen diese Vermutung zu bestätigen. Ein Punkt verdient es, besonders hervorgehoben zu werden: Es ist die Tatsache, daß sich erstmals in der Geschichte der Sowjetunion fast das gesamte Politbüro

²³⁾ Neues Deutschland vom 4. 8. 1968.

²⁴⁾ Der Verf. schließt nicht aus, daß es sich bei dieser Meldung um eine gezielte Indiskretion von östlicher Seite handelt. Diese Tatsache als solche wäre jedoch nicht weniger signifikant.

²⁵⁾ Neues Deutschland vom 24. 7. 1968.

²⁶⁾ Als Beispiel für das Niveau der Pressepolitik der SED gegenüber der ČSSR sei aus dem Organ der SED-Bezirksleitung Halle, „Freiheit“, vom 29. 7. 1968 zitiert: „Brillanten, schottischer Whisky

und Schweizer Uhren — ‚kleine Geschenke‘, mit denen sich die Horde von über tausend westdeutschen Springer-Journalisten in Prag einigen Redakteuren ansässiger Zeitungen anbiedert, zahlen sich allmählich aus.“

²⁷⁾ Vgl. die im Monitor-Dienst der Rundfunkanstalt „Deutsche Welle“ vom 15. 7. 1968 wiedergegebenen Kommentare und Berichte.

außer Landes begab, um sich für die Dauer von vier Tagen in einem Dorfkino in der Ostslowakei zu versammeln ²⁸⁾).

Tatsächlich ist es nur schwer vorstellbar, daß derartige Meinungsverschiedenheiten nicht vorhanden gewesen sein sollten. Auch in der Sowjetunion hat es in der Vergangenheit nicht an Ansätzen zu einer begrenzten Demokratisierung und kontrollierten Liberalisierung gefehlt. Man braucht dabei nur an die Diskussionen um die Reform des sowjetischen Wirtschaftssystems und die zeitweilige Lockerung der Parteikontrolle im kulturellen Bereich zu denken. Aber es blieb bei solchen Ansätzen, und wenn nicht alles täuscht, so ließ sich, beginnend mit der Vorbereitung des XXIII. Parteitages der KPdSU im April 1966, ein Stillstand, ja, vereinzelt sogar eine Rückkehr zu den doktrinären Vorstellungen und politischen Praktiken der stalinistischen Vergangenheit feststellen. Die Teilrehabilitierung des toten Diktators, die Prozesse und Zwangsmaßnahmen gegen sowjetische Schriftsteller, das Asylgesuch des Schriftstellers Belinkow in den USA und das weitgehende Festhalten an der zentralistischen Planung und Leitung der Wirtschaft sprechen eine eindeutige Sprache.

Von sowjetischer Seite war der auf der Warschauer Konferenz beschlossene Brief an das ZK der KPC von Breschnew, Podgorny, Kossygin, Schelest und Katuschew unterschrieben und damit der scharfmacherischen Tendenz der SED Vorschub geleistet worden. Eine derartige Panne aber durfte sich keineswegs wiederholen. Wollte man jedoch den Inhalt des Warschauer Briefes revidieren und gegenüber Prag einen flexibleren Kurs einschlagen, zumindest sich eine solche Möglichkeit offenhalten, so konnte die Verantwortung hierfür nur das gesamte Politbüro übernehmen. Es mußten Sicherheiten dafür getroffen werden, daß nicht die eine oder andere Richtung ihren Willen durchsetzte ²⁹⁾. Deshalb ging das Politbüro der

²⁸⁾ Siehe die im gemeinsamen Kommuniqué aufgeführten Teilnehmer der beiden Gesprächspartner (Neues Deutschland vom 2. 8. 1968).

²⁹⁾ Radio Free Europe-Research vom 24. 7. 1968 glaubt, die folgende Kräfteverteilung im Politbüro der KPdSU annehmen zu können:

Irreconcilables	Undecideds	Conciliatory
Suslov	Breshnev	Kosygin
Kirilenko	Mazurov	Podgorny
Shelepin	Voronov	Polyansky
Pelshe	Shelest	

KPdSU fast geschlossen nach Schwarzau. Darüber hinaus bot sich die Möglichkeit, auch das gesamte tschechoslowakische Parteipräsidium zur Teilnahme aufzufordern, und damit die Hoffnung, einen Keil in die tschechoslowakische Phalanx zu treiben. Diese Hoffnung hat sich offenbar nicht erfüllt.

Das Ergebnis der Konferenz von Schwarzau ließ gewisse Anzeichen eines Kompromisses erkennen. Dies bezieht sich zunächst einmal auf den Ort, der auf ostslowakischem Gebiet unmittelbar im ungarisch-sowjetischen Grenzgebiet liegt; es bezieht sich auf die Ergebnisse der Konferenz, indem die Pressepolemik gegen Prag eingestellt und ein weiteres Zusammentreffen der Konferenzteilnehmer von Warschau in Preßburg vereinbart wurde. Die Entlassung des Leiters der Sicherheitsabteilung des ZK der KPC, Generalleutnant Prchlik, aus dieser Funktion bei gleichzeitiger Auflösung dieser Abteilung wird man als eine Geste des Entgegenkommens der KPC zu werten haben. Prchlik hatte sich Mitte Juli für eine Qualitätsverbesserung des Warschauer Vertrages und für bestimmte Veränderungen in der Kommandostruktur ausgesprochen und damit den empfindlichsten Punkt der sowjetischen Interessen überhaupt berührt.

Gleichzeitig aber konnte es keinen Zweifel daran geben, daß in Schwarzau die wirklichen Differenzen nicht beigelegt worden waren, sondern durch für beide Teile annehmbare Formulierungen verschleiert wurden, daß die Auseinandersetzungen weitergehen würden und nur die Formen und Methoden, in denen sie ausgetragen werden sollten, modifiziert wurden.

Die in Pressburg unterzeichnete Erklärung läßt dies deutlich erkennen. Jeder konnte aus ihr das herauslesen, was er für richtig und zweckmäßig hielt: Die Sowjetunion, ihre Verbündeten und Satelliten die Solidarität im Rahmen des proletarischen und sozialistischen Internationalismus; die Prager Reformer und ihre Freunde das Recht auf den eigenen Weg zum Sozialismus unter Betonung des Prinzips der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten.

³⁰⁾ ČTK/NPA vom 16. 7. 1968.

9. Die militärische Bedrohung der CSSR

Im selben Maße, wie sich die Lage zwischen den Prager Reformern und dem konservativen Lager des Kommunismus zuspitzte, brachten die Sowjets die militärische Trumpfkarte ins Spiel und erhöhten die Drohung einer gewaltmäßigen Intervention gegenüber der Tschechoslowakei.

Bereits am 19. März hatten leitende Funktionäre der politischen Zentralverwaltung der tschechoslowakischen Armee in Moskau Besprechungen mit sowjetischen Generalen über Fragen der politischen Verwaltung geführt. Am 21. April erschien Sowjetmarschall Jakubowski in Ost-Berlin, um mit Ulbricht „Fragen der weiteren Erhöhung der Verteidigungsbereitschaft der Mitglieder des Warschauer Vertrages“ zu besprechen. Am 23. April bat Parteichef Dubček den Sowjetbotschafter Tscheronenko zu sich, um dessen fortlaufende Kontakte mit dem abgesetzten Partei- und Staatschef Novotny zu unterbinden ³¹⁾.

Vom 20. bis 30. Juni fand die sogenannte „Kommandostabsübung Böhmerwald“ statt, in deren Verlauf auch sowjetische Einheiten in die ČSSR einrückten. Erst Anfang August 1968, unmittelbar vor Beendigung der Preßburger Konferenz, sollten die letzten sowjetischen Truppen das Land wieder verlassen ^{31a)}.

³¹⁾ Siehe die instruktive Zusammenstellung v. ODIN, Die 8 Prager Monate, in: FAZ v. 22. 8. 1968.

^{31a)} Die Verzögerung des Abzugs der sowjetischen Manövertruppen und die einander widersprechenden Meldungen hierüber zeugen am besten davon, in welchem Ausmaß von sowjetischer Seite das Mittel der psychologischen Kriegführung eingesetzt wurde:

1. Juli: Die TAS-Meldung über das Ende der Manöver wird zurückgezogen. Gleichzeitig erklärt das ČSSR-Verteidigungsministerium, die Manöver seien beendet.
9. Juli: Parteisekretär Čisar erklärt, daß die sowjetischen Truppen bestimmt nicht bis Ende September bleiben und die ČSSR in ein paar Tagen verlassen werden. Verteidigungsminister Dzur erklärt: „Erst 35 % der fremden Truppen haben das Land verlassen.“
11. Juli: Sowjetmarschall Jakubowski erklärt, daß Abzug der sowjetischen Truppen wird am 13. Juli begonnen.
16. Juli: Sowjetmarschall Jakubowski: Mit dem alle sowjetischen Manövereinheiten bis

Beginnend mit dem 11. Juli leiteten die Sowjets dann entlang ihrer 1600 km langen Westgrenze umfangreiche Manöver ein, und zwar:

1. Kommandostabsübung „Nord“ (Sewer) vom 11. bis 19. Juli 1968. Leitung: Oberkommandierender der Sowjetkriegsflotte, Flottenadmiral S. Gorschkow ³²⁾.
2. Manöver „Niemen“ der Rückwärtigen Dienste der Sowjetarmee in den westlichen Militärbezirken der UdSSR vom 23. Juli bis 10. August 1968. Leitung: Armeegeneral Marjachin.
3. Luftabwehr-Manöver „Himmelsschild“ vom 25. Juli bis 31. Juli 1968. Leitung: Befehlshaber der sowjetischen Luftabwehr, Marschall der Sowjetunion Batitzkij.
4. Am 11. August 1968 begannen im südlichen Teil der Sowjetzone, in Polen und in der West-Ukraine Manöver von Nachrichteneinheiten der Sowjetarmee, der NVA und der polnischen Volksarmee. Die Manöver wurden kurze Zeit danach auch auf Ungarn ausgedehnt.

Ungewöhnlich waren an diesen Manövern nicht nur der Zeitpunkt — unmittelbar vor und während der Ernte —, sondern auch das Aus-

zum 21. Juli abgezogen werden. Gleichzeitig erklärt der Leiter der Abteilung Sicherheit des ZK der KPČ, Generalleutnant Prchlik, daß nur der Oberbefehlshaber des Warschauer Paktes, Marschall Jakubowski, wisse, wieviel Truppen tatsächlich an den Manövern in der Tschechoslowakei teilgenommen hätten.

29. Juli: Aus Prag verlautet, sowjetische Truppen würden sich tiefer in die Tschechoslowakei hinein bewegen.

³²⁾ Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang, daß das Manöver „Böhmerwald“ und das Manöver „Nord“ offiziell als Kommandostabsübungen bezeichnet wurden, obwohl diese Bezeichnung nur für die erste Phase der Manöver zutreffend gewesen sein dürfte. Dagegen wurden die Manöver der rückwärtigen Dienste und das Luftabwehrmanöver „Himmelsschild“ von vornherein als solche gekennzeichnet („Landesverteidigung“, Presse- und Informationsdienst, Nr. 21/22 1968 vom 9. 8. 1968).

maß der Truppenbewegung. Das sowjetische Gewerkschaftsorgan „Trud“ bezeichnete die Manöver als die umfangreichsten der Sowjetarmee. Die Gesamtanlage der Manöver ließ erkennen, daß sie von langer Hand vorbereitet

waren, der ursprüngliche Termin aber in den Juli hinein vorverlegt worden war. Sehr frühzeitig war erkennbar, daß die Operationen mehr und mehr den Charakter eines Aufmarsches gegen die Tschechoslowakei annahmen.

10. Tito, Ulbricht und Ceausescu in der Tschechoslowakei

Nach den Konferenzen von Warschau, Schwarzau an der Theiß und Preßburg wurde die Tschechoslowakei Schauplatz einer gesteigerten politischen und diplomatischen Aktivität. Am 11. August beendete der jugoslawische Staatschef Tito seinen Besuch in Prag. Am 12. August traf Ulbricht in Karlsbad ein und am 17. August beendete der rumänische Partei- und Staatschef Ceausescu seine Besprechungen in Prag mit dem Abschluß eines neuen Freundschafts- und Beistandsabkommens zwischen beiden Ländern.

In dieser Serie von Partei- und Regierungsdelegationen nahm der Besuch der SED-Delegation am 12. August³³⁾ eine Sonderstellung ein. Dies gilt zunächst einmal für den Ort der Zusammenkunft. Während Tito und Ceausescu in Prag empfangen wurden, waren die Gespräche mit der SED-Delegation nach Karlsbad verlegt worden. Politische Beobachter vermuteten, daß dies geschah, um Mißfallensäußerungen der Prager Bevölkerung gegenüber Ulbricht vorzubeugen, vielleicht aber auch, um den reaktionären Novotny-Kräften, die in Prag zweifellos noch zu finden sind, keine Gelegenheit zu demonstrativen Begrüßungszeremonien zu geben. Eine weitere Besonderheit bildete die Reaktion der tschechoslowakischen Bevölkerung auf den Ulbricht-Besuch. Während die Rumänen und die Jugoslawen mit stürmischen Ovationen bedacht worden waren, verlief der Empfang der SED-Delegation äußerst kühl. Und schließlich gehörte zu den Attributen dieses Besuches auch der am Vorabend von Radio Prag gesendete Abendkommantar. Darin hieß es, daß die Beziehungen zwischen den beiden Ländern — milde ausgedrückt — nicht gut seien und die Schuld an den Spannungen nicht bei der ČSSR liege. Wörtlich fuhr der Kommentator dann fort:

³³⁾ Außer Ulbricht gehörten der Delegation Stoph, Honecker, Mittag, Axen und Fiorin an. Kommuniké siehe: Neues Deutschland vom 13. 8. 1968.

„Wir sollten ihnen sagen, daß wir eine brüderliche Waffenhilfe von Seiten der DDR begrüßen, wenn wir von außen angegriffen werden sollten. Und wir sind auch bereit, im gleichen Falle der DDR jede Hilfe zukommen zu lassen. Aber wir brauchen keine Hilfe und schon gar keine Waffenhilfe bei der inneren Regelung unserer sozialistischen Gesellschaft.“

Man wird davon ausgehen dürfen, daß der überraschende Besuch Ulbrichts in der Tschechoslowakei auf Initiative Moskaus, zumindest aber auf wärmste Befürwortung seitens der KPdSU erfolgte. Moskau mußte in der damaligen Situation ein Interesse daran haben, die Differenzen wieder einzuebnen und auf der Basis des veränderten Status in der Tschechoslowakei dennoch zu einer gemeinsamen außenpolitischen Linie zu gelangen. Ähnliches galt auch für Ulbricht und die Führung der SED, denen daran gelegen sein mußte, ihre Position innerhalb des sozialistischen Lagers zu verbessern, um wieder größeren außenpolitischen Spielraum zu gewinnen. Insoweit stand die kurz vorher durchgeführte 7. Tagung des Zentralkomitees in direktem Zusammenhang mit dem Besuch in der Tschechoslowakei, ja sie diente geradezu der Vorbereitung dieses Besuches. Auf dieser Tagung war von Seiten der SED der Vorschlag unterbreitet worden, einen Staatssekretär für die Gespräche mit der Bundesregierung zu ernennen, jedoch war diese Ernennung von den hinlänglich bekannten Voraussetzungen der staats- und völkerrechtlichen Anerkennung der DDR abhängig gemacht worden³⁴⁾. Immerhin war die SED bestrebt, mit dieser Beschlußfassung seines Zentralkomitees den anderen Ostblockpartnern gegenüber eine gewisse Verhandlungsbereitschaft zu demonstrieren.

Noch während des Besuches der rumänischen Partei- und Regierungsdelegation in Prag nahm Moskau seine Pressekampagne gegen

³⁴⁾ Neues Deutschland vom 10. 8. 1968.

die ČSSR und KPC wieder auf. Der Hauptvorwurf bestand darin, daß Prag das Abkommen von Bratislava verletzt und sich vom sozialistischen Weg entferne. So darf man annehmen,

daß der zwischen den beiden Ländern geschlossene Freundschafts- und Beistandspakt für Moskau zum auslösenden Moment der militärischen Intervention wurde.

11. Die militärische Besetzung des Landes

In der Nacht vom 20. auf den 21. August 1968 wurde die Tschechoslowakei durch Truppen der fünf Teilnehmer der Warschauer Juli-Konferenz besetzt. Es ist im Augenblick noch nicht erkennbar, ob für diesen Schritt in erster Linie politische und ideologische Gründe oder militärisch-strategische Erwägungen auf sowjetischer Seite oder beide Komponenten maßgebend waren. Und es ist auch noch zu früh, eine Bilanz der politischen Auswirkungen dieser Maßnahme aufzustellen. Nur so viel läßt sich schon jetzt absehen: Die Auswirkungen der militärischen Intervention in der Tschechoslowakei werden ungeheuer, der politische Preis, den die Sowjets für diese Gewaltaktion zu zahlen haben, wird sehr hoch sein. Die Rechnung wird innerhalb jedes einzelnen kommunistischen Landes und jeder einzelnen kommunistischen

Partei, in dem unter sowjetischer Führung stehenden Bündnissystem, im internationalen Kommunismus und nicht zuletzt auch der westlichen Welt gegenüber beglichen werden müssen.

Dieser Schritt Moskaus und seiner Bündnispartner macht auf nicht absehbare Zeit nicht nur alle Hoffnungen auf Ausgleich der verschiedenen Interessen und verständnisvolle Zusammenarbeit zunichte, sondern wirkt sich auch unheilvoll auf den Bereich der internationalen rechtlichen Beziehungen aus.

Wenn nicht alles täuscht, haben die Sowjets mit dem Einfall in die Tschechoslowakei den vielleicht größten Fehler seit dem Bestehen ihres Regimes begangen.

Die sowjetkommunistische Regionaltaktik für Westeuropa

Zur Problematik politökonomischer Analysen

In kommunistisch regierten Ländern, aber auch bei den größeren nichtregierenden kommunistischen Parteien, gehören die Beobachtung und die Analyse westlicher Industriegesellschaften zur Aufgabe der Politökonomien. Partei-eigene Forschungszentren, in denen die Beschäftigung mit der sogenannten politischen Ökonomie des Kapitalismus eine wichtige

Rolle spielt, können seit einiger Zeit als eine Art Instituts for strategic studies gewertet werden. Ob solche Analysen gut oder schlecht ausfallen — ihre Bedeutung für die politischen Führungen ist traditionell groß. Streiflichter sollen einige Momente des vielschichtigen Problems sichtbar machen.

I. Ökonomische Fehlprognosen und der Beginn des amerikanisch-sowjetischen Konflikts

Ein spektakuläres Beispiel ökonomischer Fehlprognosen spielt in die Formierung der amerikanisch-sowjetischen Konfliktbeziehungen am Ende des Zweiten Weltkrieges hinein.

Nach dem Tode Roosevelts war der amerikanische Botschafter in Moskau, Averell Harriman, zur Berichterstattung nach Washington gerufen worden. Die noch in den letzten Lebenswochen Roosevelts aufgetretenen Spannungen wegen der Behandlung Polens bildeten das erste große Problem, dem sich Truman konfrontiert sah. Die Sowjetführung schien nicht geneigt, die Beschlüsse der Jalta-Konferenz zur Herbeiführung demokratischer Verhältnisse in den befreiten Ländern zu respektieren. Der von Truman übernommene alte Beraterstab Roosevelts glaubte, daß man in dem Angebot enger ökonomischer Zusammenarbeit oder aber in dem Versagen amerikanischer Unterstützung zur Behebung der riesigen sowjetischen Kriegsschäden ein Mittel besitze, mit dem man das politische Verhalten der Sowjetführung beeinflussen könne.

Erstaunlicherweise berichtete Harriman jedoch, hohe Funktionäre in Moskau seien der Ansicht, daß großzügige amerikanische Lieferungen an die Sowjetunion eine Frage auf Tod und Leben sei — nicht für die Sowjetunion, sondern für die Vereinigten Staaten. Niemand in Washington wußte sich darauf einen Vers zu machen.

Diese Ansicht der sowjetischen Funktionäre wird nur dann verständlich, wenn man ihr die ideologische Einschätzung der Ökonomie der westlichen Führungsmacht zugrunde legt:

Die USA würden den Übergang von der Kriegswirtschaft zur Friedenswirtschaft nicht meistern; eine gewaltige Überproduktionskrise sei unvermeidlich. Die „allgemeine Krise des Kapitalismus“ werde in den USA einem neuen Höhepunkt zutreiben analog der Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1933. Diesen Funk-

INHALT

- I. Ökonomische Fehlprognosen und der Beginn des amerikanisch-sowjetischen Konflikts
- II. Die „dritte Etappe“ der allgemeinen Krise des Kapitalismus und die „friedliche Koexistenz“
- III. „Staatsmonopolistischer Kapitalismus“ im Westen — ökonomische Reformdiskussion im Block — Konvergenztheorie
- IV. Eine neue Regionaltaktik für Westeuropa
 1. Die Taktik des „Dialogs“ in Italien und das internationale Marxisten-Kolloquium in Rom (Juni 1965)
 2. Die Taktik des „Dialogs“ in Frankreich und die internationale marxistische Konferenz in Choisy-le-Roi (26.—29. 5. 1966)
 3. Die Prager Round-table-Konferenz über den Platz der Reformen gegen den „staatsmonopolistischen Kapitalismus“
 4. „Imperialismus heute — Der staatsmonopolistische Kapitalismus in Westdeutschland“ und das Projekt des Redneraustausches SED—SPD
- V. Die zwei Ebenen der Regionaltaktik für Westeuropa

tionären mußte die Übernahme großer amerikanischer Lieferungen seitens der Sowjetunion geradezu als eine dem Kapitalismus gewährte Gnadenfrist erscheinen. Stalin konnte sich ungerührt in Ost- und Mitteleuropa seine Knochenbrechertaktik leisten und noch darauf spekulieren, daß das wirtschaftlich und sozial zerrüttete Resteuropa über kurz oder lang eine sichere Beute sein werde.

Washington hätte auf eine solche Haltung nicht unvorbereitet sein müssen. Der damalige Chargé d'affaires an der amerikanischen Botschaft in Moskau, George F. Kennan, hatte gewarnt: Die Befehlsstruktur der sowjetischen Wirtschaft werde es der Sowjetführung gestatten, nach dem Kriege nicht nur die stärkste Armee der Welt zu unterhalten, sondern auch — auf Kosten des Lebensstandards der Bevölkerung — auf Außenhandel notfalls ganz zu verzichten. Sie würde nie eine ökonomische Zusammenarbeit mit den USA durch politisches Wohlverhalten honorieren. Im Gegenteil — weigere sich der Westen, zur Konsolidierung der neugewonnenen sowjetischen Macht in Ost- und Mitteleuropa beizutragen, so müsse er mit dem „Ausstrecken der Krallen“ („baring of the fangs“) rechnen. „Aber niemand in Moskau glaubt, daß die westliche Welt in der Lage wäre, standhaft zu bleiben, wenn sie einmal dem Wolf des sowjetischen Mißbehagens in voller Lebensgröße gegenüberstünde, wie er an der Tür steht und droht, das Haus einzuschlagen. Und es ist dieser Unglaube, auf den die globale sowjetische Politik gegründet ist.“

Zwar waren die Meinungen in Moskau nicht einhellig. Ausgerechnet Stalins bisheriger ökonomischer Chefberater, der aus Ungarn stammende Professor Eugen Varga, schloß zu dieser Zeit eine Arbeit über „Veränderungen der kapitalistischen Wirtschaft im Gefolge des Zweiten Weltkrieges“ ab. Das Buch, das 1946 erschien, sagte den erfolgreichen Einsatz des amerikanischen Potentials für die ökonomische Rekonstruktion Europas und einen kon-

junkturrellen Aufschwung der westlichen Länder für das nächste Jahrzehnt voraus. Die „Krise des Kapitalismus“ wurde um zehn Jahre hinausgeschoben.

Diese Prognose paßte so wenig in die unter dem maßgeblichen Einfluß der Shdanow-Wossnessenskij-Gruppe zustande gekommene und auf einen baldigen Kollaps des Kapitalismus ausgerichtete politische Konzeption der Sowjetführung, daß Eugen Varga auf einer wissenschaftlichen Konferenz in Moskau (7., 14. und 21. Mai 1947) stark kritisiert und anschließend seiner Funktion enthoben wurde. Das bis dahin von ihm geleitete „Institut für Weltwirtschaft und Weltpolitik“ wurde aufgelöst. Varga, der auf die neuartige ökonomische Führungsrolle des Staates in der westlichen Industriegesellschaft hingewiesen hatte, übte Selbstkritik und schrieb seine politische Ökonomie des Kapitalismus um: Es entstand ein langweiliges Opus, das bei weitem nicht dem Rang dieses sonst so originellen Marxisten entsprach.

Es ist müßig, darüber zu spekulieren, ob die Spannungshöhe der Konfliktbeziehungen, die man dann etwas unscharf und emotional als „Kalten Krieg“ bezeichnete, auf einem mittleren Niveau hätte gehalten werden können, wenn die amerikanische Politik sich schon früher an die Prognose Kennans und die sowjetische Politik sich überhaupt an die Prognose Vargas gehalten hätte.

Als jedenfalls mit Truman-Doktrin und Marshallplan (dessen Vorbereitung Kennans erste Leistung als Chef des politischen Planungsamtes im State Department war) die fast schon sichere Beute „Resteuropa“ der Sowjetunion entzogen wurde, erfolgte jenes „baring of the fangs“, zu dem die Verketzerung Vargas den ideologischen Auftakt bildete und das sich dann in der Gründung des Kominformbüros, der Zweilagertheorie Shdanows, im Prager Staatsstreich und der Berlin-Blockade manifestierte.

II. Die „dritte Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus“ und die „friedliche Koexistenz“

Stalin selbst hinterließ seinen Nachfolgern eine geänderte Anleitung zum Handeln. In seinen „Ökonomischen Problemen des Sozialismus in der UdSSR“ spendete er ihnen den Trost, daß die so wohlgeordnet erscheinende

und zur Einheit provozierte westliche Welt sich über kurz oder lang abermals entzweien werde. Sein eigener Versuch von 1952, in der Deutschlandfrage den Hebel anzusetzen, wurde zwar, weil seine westlichen Kontra-

henten auf sein Angebot nicht eingingen, zu einer „verpaßten Chance“ für ihn. Doch seiner Prognose des Zerfalls des westlichen Lagers entsprach die Intention, die Chruschtschow mit der These von der „friedlichen Koexistenz zwischen Staaten verschiedener Gesellschafts- und Wirtschaftsordnungen, die günstige Voraussetzungen für den weltweiten Klassenkampf schafft“, verfolgte. Diese These gewann noch dadurch an Glaubwürdigkeit, daß sie mit Anti-Stalin-Kampagnen verbunden wurde.

Varga wurde schon ein Jahr nach Stalins Tod durch die Verleihung des Leninordens und des Stalinpreises rehabilitiert; das 1947 aufgelöste Institut wurde 1956 mit leicht verändertem Namen als „Institut für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen“ wieder eröffnet. Varga selbst war schon zu alt, um die Leitung noch einmal zu übernehmen. Seine Vorstellungen von den Veränderungen des Kapitalismus befruchteten aber allmählich die Arbeiten seiner Nachfolger. Allerdings ging es dabei nicht ohne größere Schwierigkeiten ab.

Averell Harriman, der auf einer Reise durch die Sowjetunion im Frühjahr 1959 die seit seiner Botschafterzeit vor sich gegangenen Änderungen beobachten konnte, besuchte auch dieses Institut. In seinem Bericht („Frieden mit Rußland?“, 1959) bezeichnete er es als „eine Einrichtung, die die wirtschaftlichen Bedingungen auf der ganzen Erde beobachtet und die statistischen Daten beschafft, mit denen Chruschtschow und seine Kollegen den künftigen Kurs der Weltgeschichte in Übereinstimmung mit Karl Marx bestimmen können.“

Ich fragte Professor Arsumanjan, den Leiter des Instituts, wie er die Voraussagen Karl Marx' über den Verfall des Kapitalismus mit den Realitäten des amerikanischen wirtschaftlichen Lebens vereinbaren könne. Er entgegnete, daß sich die Voraussagen planmäßig erfüllt hätten, und seine dreißig oder vierzig Kollegen, die sich zu der Zusammenkunft in seinem Büro versammelt hatten, murmelten warmen Beifall. Er hielt dann eine Rede über die Verlangsamung der amerikanischen Wirtschaftsentwicklung und behauptete, daß das schließlich zur Stagnation und zur Fäulnis bei wachsender Arbeitslosigkeit führen werde. . . . Die nachfolgende Diskussion, an der auch andere Mitglieder des Instituts teilnahmen, zeigte einen solchen Mangel an Verständnis für Amerikas wirtschaftliche Tatsachen, daß ich schließlich vorschlug, die Angehörigen des Instituts sollten ihre Urteile sorgfältiger über-

prüfen, damit sie nicht, wie andere sowjetische Wirtschaftswissenschaftler vor ihnen, ihre Posten wegen falscher Voraussagen über die amerikanische Wirtschaft verlören.

Chruschtschow gebrauchte die gleichen Zahlen wie diese Wirtschaftler. . . . Ich sagte ihm warnend, daß seine Wirtschaftler sich in ihrer Fehleinschätzung unseres zukünftigen Wachstums gefährlich irrten. Chruschtschow machte dagegen heftigste Einwendungen, und Mikojan unterstützte ihn. Sie behaupteten, daß sie mit der marxistischen Doktrin die amerikanische Zukunft besser analysieren könnten als wir.“

Die ideologischen Hemmungen, unter denen die Arbeiten des Instituts standen, erklären sich auch daraus, daß Chruschtschow — unter dem Vorzeichen der friedlichen Koexistenz — eine neue Offensivstrategie entwickeln wollte. Seine Ideologen und Politökonomten hatten ihm für diesen Entwurf die begründenden Theorien zur Verfügung zu stellen.

Wenn man diese Theorien eindampft und kondensiert, dann kommt ein Bild heraus, in dem das gegenwärtige Welttheater sich in ein Drei-Strom-Land verwandelt: Der weltrevolutionäre Prozeß wird nach wie vor als die umgestaltende Kraft des Zeitalters verstanden. Aber er hat sich in drei Ströme geteilt. Der erste Strom geht wie ein Nilstrom durch die sozialistischen Länder, befruchtet sie und macht sie reif für den Übergang zur kommunistischen Gesellschaft. Der zweite Strom, noch einigermaßen unreguliert, geht durch die Länder der Dritten Welt, ruft dort die nationalen Befreiungsrevolutionen hervor und veranlaßt befreite Länder, den nichtkapitalistischen Weg zu wählen. Der dritte Strom braust sozusagen unterirdisch in den Ländern der kapitalistischen Welt und entfaltet dort eine Kraft der Erosion von unten her.

Diese drei Perspektiven wurden in immer neuen Schattierungen abgewandelt, von den Moskauer Erklärungen der kommunistischen und Arbeiterparteien von 1957 und 1960 über den XXII. Parteitag 1961 bis zu einer gewissen Zäsur im letzten Drittel des Jahres 1962.

Um das Wunschbild von einer fortschreitenden Erosion der kapitalistischen Welt möglichst phantasievoll auszugestalten, bereicherten Chruschtschows Ideologen die Vorstellung von der „allgemeinen Krise des Kapitalismus“ um eine neue Etappe. Die erste Etappe datierte man auf das Ende des Ersten Weltkrieges, als durch die Oktoberrevolution Rußland

aus der „Kette der imperialistischen Staaten“ herausgebrochen worden sei. Die zweite Etappe datierte man auf das Ende des Zweiten Weltkrieges, als — zufolge des Sieges der Roten Armee — weitere Kettenglieder herausgebrochen wurden.

Um die Möglichkeit einer neuen offensiven Politik gegenüber der westlichen Welt zu begründen, ließ man eine „dritte Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus“ Mitte der fünfziger Jahre beginnen — diesmal jedoch ohne Krieg. Da das Atomzeitalter einen Weltkrieg ausschloß, mußte man begründen, warum der Westen ohne großen Krieg sogar noch vorteilhafter bekämpft werden könnte. (Hierin liegt eine der Wurzeln für den Konflikt Moskau — Peking.) Man nahm an, daß drei Faktoren die „dritte Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus“ herbeigeführt hätten:

1. Der ökonomische Wettbewerb des sozialistischen Lagers gegen das kapitalistische. „In historisch kürzester Frist“ werde man den Kapitalismus „einholen und überholen“. Hierin gründen die großen ökonomischen Euphorien, die allesamt in Enttäuschung und Ernüchterung endeten.

2. Der Prozeß der Entkolonialisierung. Er wurde als vom sozialistischen Weltlager er-

zwungen dargestellt; er würde unaufhörlich zu einer weiteren Schwächung des „imperialistischen Lagers“ beitragen. Die Sowjetunion lehne zwar einen „Export der Revolution“ ab (hierin liegt ein weiterer Anlaß für den Konflikt mit den Chinesen); wenn jedoch in einem Land eine nationale Befreiungsrevolution ausgebrochen sei, dann werde das sozialistische Lager den „Export der Konterrevolution“ verhindern. (Hier der ideologische Ansatzpunkt für die späteren Kampagnen der Sowjets gegen die USA in der Vietnamfrage.)

3. Veränderungen in der kapitalistischen Welt selbst. Hier setzte man den Übergang vom „Monopolkapitalismus“ zum „staatsmonopolistischen Kapitalismus“ ein, wobei auch einige der Vorstellungen Vargas verarbeitet wurden.

Zunächst war der Begriff des „staatsmonopolistischen Kapitalismus“ nichts anderes als eine von außen herangetragene Leerformel, für die man auf einige Äußerungen Lenins zurückgreifen konnte. In der Vorbereitung des XXII. Parteitages gab es einige Bemühungen, den Begriff mit Inhalt zu füllen. Aber erst vom letzten Drittel des Jahres 1962 an begann man sich intensiver und auf eine neue Art mit dem westlichen Industriestaat auseinanderzusetzen.

III. „Staatsmonopolistischer Kapitalismus“ im Westen — ökonomische Reformdiskussion im Block — Konvergenztheorie

Den Markstein bildete die vom Institut für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen in Moskau vom 27. August bis 3. September 1962 veranstaltete wissenschaftliche Konferenz über den „staatsmonopolistischen Kapitalismus“ und eine neue Taktik der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern. Das Grundsatzreferat hielt Prof. Arsumanjan (inzwischen verstorben).

Das nun zunehmende Engagement an dieser Thematik ist aber nicht nur aus dem Interesse zu erklären, eine bessere Grundlage für die ideologische Auseinandersetzung mit dem Westen zu gewinnen. Es wirkten auch andere Momente mit:

1. Die Notwendigkeit, endlich die Steigerung der ökonomischen Effizienz des eigenen Systems ernstlich ins Auge zu fassen, statt sich weiterhin im ökonomischen Wunschenken zu ergehen. Es ist hierfür bezeichnend, daß kurz nach der Konferenz der bis dahin völlig

unbekannte Charkower Professor Liberman jenen Artikel in der „Prawda“ veröffentlichte, der dann in den westlichen Ländern so sensationell wirkte, weil mit ihm die ökonomische Reformdiskussion im Ostblock eröffnet wurde. Die Polemik gegen den „staatsmonopolistischen Kapitalismus“ bot einen geeigneten Anlaß, das Funktionieren des westlichen Industriesystems zum eigenen Nutzen besser zu studieren.

2. Die Misere des Comecon. Der Wunsch, die ökonomische Effizienz der sozialistischen Volkswirtschaften zu erhöhen, ließ es als peinlich empfinden, daß das sozialistische Gegenstück zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, der „Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ (Comecon), so schlecht funktionierte. Die sowjetischen Führer hatten die EWG bisher überhaupt nicht ernst genommen. Noch im Sommer 1962 erklärte Chruschtschow seinem Besucher Fanfani: „Dieser Baum wird verdor-

ren, noch ehe er Früchte getragen hat.“ Jetzt aber wurde man in Moskau — und zwar zuerst auf der Seite der Wirtschaftswissenschaftler — geneigt, aufmerksamer auf die italienischen Genossen zu hören, die schon lange wieder den dogmatischen Stachel gelöst hatten. Nicht zuletzt sie brachten die Sowjets zu der recht un-
bequemen Einsicht, daß die EWG funktioniere, offensichtlich besser als der Comecon. Das war ein Grund mehr, die Anstrengungen zu verstärken, in den Wirkungsmechanismus des „staatsmonopolistischen Kapitalismus“ einzudringen, und zwar hinsichtlich seiner übernationalen Integrationsmöglichkeiten.

3. Die Kuba-Krise und ihre Nachwirkungen steigerten das Interesse an der systematischen Auseinandersetzung; sie schärfte nämlich auch den Blick der beamteten Ideologen für die westliche „Strategie des Friedens“. Diese Friedensstrategie war durch wissenschaftliche Analysen westlicher Sowjetologen und Wirtschaftswissenschaftler über das Sowjetsystem längst vorbereitet; sie war 1960 formuliert und wurde von Kennedy mit Beginn seiner Präsidentschaft übernommen. Nach der Kuba-Krise kam sie erst recht zur Auswirkung. Vor

allem war es die von westlichen Wissenschaftlern entwickelte Konvergenztheorie, nach der sich die beiden gesellschaftlichen Systeme langfristig aufeinander zubewegen würden, die den sowjetischen Funktionären und Wissenschaftlern zu schaffen machte und sie zu lebhaften Protesten veranlaßte. Die Betroffenheit war um so größer, als bei der Vorbereitung der ökonomischen Reformexperimente und den ersten Schritten zu ihrer Verwirklichung von den kommunistischen Parteiführungen selbst die Losung „den Kapitalismus einholen und überholen“ durch die Parole „von den Kapitalisten lernen“ ersetzt worden war.

Deshalb nahm die Ausarbeitung der Analysen über den „staatsmonopolistischen Kapitalismus“ allmählich auch einen apologetischen Zug an. Nicht der Sozialismus konvergiere zur Marktwirtschaft, sondern der „staatsmonopolistische Kapitalismus“ nehme bereits teilweise sozialistische Planung vorweg. Der westlichen Konvergenztheorie über den Sozialismus wurde eine östliche Konvergenztheorie über den Kapitalismus gegenübergestellt.

IV. Eine neue Regionaltaktik für Westeuropa

Der Sturz Chruschtschows wirkte keineswegs hemmend. Die Arbeit der Parteiwissenschaftler intensivierte sich. Man gewinnt sogar den Eindruck, daß die neue Führung in Moskau, aber auch andere Parteiführungen, die neuen Analysen über den westlichen Industriestaat in ihr Lagebild mehr und mehr einbezogen, um daraus zu Schlüssen für Aktionen auf der gesellschaftlichen, aber auch der staatlich-diplomatischen Ebene zu kommen. Begünstigt durch weltpolitische Veränderungen (Auswirkungen der Eskalation in Vietnam, Sonderkurs de Gaulles) entsteht nun eine neue Regionaltaktik für Westeuropa. Sie ist durch drei Elemente bestimmt:

- Die Theorien über den „staatsmonopolistischen Kapitalismus“,
- die „Taktik des Dialogs“ zur Vorbereitung „antimonopolistischer Koalitionen“, qualitativ verbesserter Volksfronten in einzelnen Ländern und, die territorialen Aktivitäten übergreifend,
- die sowjetische Konzeption eines europäischen Sicherheitssystems ohne die USA.

Waren es bis 1962 die Italiener, die auf eine neue Linie gedrängt hatten, so traten nun auch Ost-Berlin und die KP Frankreichs als Zentren eigener analytischer Arbeiten und besonderer Aktionen hervor.

Diese regionalen Aspekte verdienen Beachtung, wobei auch die Rolle der parteieigenen Forschungszentren zu berücksichtigen ist. Es sind dies in Rom das Gramsci-Institut, in Paris das Maurice-Thorez-Institut und in Ost-Berlin, wo sich mehrere Institutionen mit der Observation der Bundesrepublik befassen, vornehmlich das Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED.

1. Die Taktik des „Dialogs“ in Italien und das internationale Marxisten-Kolloquium in Rom (Juni 1965)

Die Kommunistische Partei Italiens hatte in den letzten Jahren längst nicht mehr die prinzipiellen Schwierigkeiten wie z. B. die KP Frankreichs zu überwinden. Ihre Abkehr vom

dogmatischen Kurs setzte früh ein. Der Paukenschlag, mit dem Chruschtschow auf dem XX. Parteitag der KPdSU 1956 die Entstalinisierung einleitete, bedeutete für den damaligen Führer der KP Italiens, Togliatti, einen Schock. In einem Presseinterview bekannte er offen, daß die Sowjetunion kein brauchbares Modell mehr für westliche kommunistische Parteien sei. Aus dieser Einsicht formulierte er für die kommunistische Weltbewegung die Konzeption des Polyzentrismus, wonach es künftig mehrere Zentren geben werde. Für den italienischen Gebrauch konzipierte er ein Programm „struktureller Reformen“. Die Kommunisten Italiens sollten sich als eine progressive Kraft erweisen, indem sie praktikable Vorschläge zur Diskussion stellten, z. B. strukturelle Reformen für den wirtschaftlich unterentwickelten Süden Italiens, strukturelle Verbesserungen im italienischen Dorf usw. Damit sollte die KP Italiens aus der Isolierung herauskommen, in der sie sich befand, solange man sie für eine Satellitenpartei Moskaus halten konnte. Sie sollte das politische Kräftepiel wieder mitgestalten können.

Auf dieser Linie einer gewissen Anpassung an die Umwelt setzte sich die KP Italiens allmählich auch mit der Realität der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft auseinander. Ursprünglich hatte sie die EWG genau so abgelehnt wie noch lange nachher die KP Frankreichs. Nach dem alten dogmatischen Konzept von der anarchischen Produktionsweise im Kapitalismus und den unüberwindlichen Widersprüchen zwischen den imperialistischen Staaten durfte die EWG gar nicht funktionieren. Aber auf der Suche nach strukturellen Reformen waren die italienischen Kommunisten pragmatisch genug geworden, um einzusehen, daß der westeuropäische Kapitalismus durchaus imstande sei, das Problem zu lösen, wie mehrere nationale Volkswirtschaften ökonomisch integriert werden könnten.

Es gab über diese Fragen lebhaftes Kontroversen, nicht nur mit sowjetischen, sondern auch mit französischen Genossen, die ihren Niederschlag auch in den Spalten der in Prag redigierten internationalen kommunistischen Zeitschrift „Probleme des Friedens und des Sozialismus“ gefunden haben.

Im Jahre 1962 begannen diese Anstöße der italienischen Kommunisten zu wirken. Die vom Moskauer Institut für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen vom 27. August bis 3. September 1962 veranstaltete Konferenz

über den „staatsmonopolistischen Kapitalismus“ und wirksamere Formen des Klassenkampfes in den westlichen Ländern brachte den italienischen Thesen eine gewisse Anerkennung. Die KPI selbst aber geriet im Zuge der Veränderungen, die sich im politischen Leben Italiens vollzogen, in eine Situation, in der sich erweisen mußte, ob mit der neuen Theorie über den westlichen Industriestaat, dem Programm „struktureller Reformen“ und der Taktik des „breiten Bündnisses“, etwas anzufangen sei. Die *apertura a sinistra*, die Herstellung einer Koalition aus den christlichen Demokraten, den Saragat-Sozialdemokraten und den Nenni-Sozialisten, weckte unter den gespaltenen Sozialisten Italiens die Neigung, die Einheit wiederherzustellen. Die Nenni- und die Saragat-Sozialisten waren gewillt, sich zu fusionieren. Diese Tendenz elektrisierte den neuen Führer der KPI, Luigi Longo, der dem 1964 verstorbenen Togliatti gefolgt war. Er mußte alles daran setzen, daß die KPI an diesem Fusionsprozeß teilnahm, um die große einheitliche italienische Linke herzustellen und damit an die Macht heranzukommen.

Um diese Zeit lud das Gramsci-Institut zu einem internationalen Marxisten-Kolloquium über „Tendenzen des europäischen Kapitalismus“ ein, das im Juni 1965 in Rom stattfand. Außer Kommunisten kamen auch Führer und Theoretiker weiterer linker Strömungen aus Italien und anderen Ländern. Es gab allerlei Diskussionen über die zu Ende gehende Aufschwungsphase der ökonomischen Entwicklung in Westeuropa, über die zu erwartende Konjunkturverschlechterung, die jedoch, wie man gleichzeitig bemerkte, nicht von katastrophaler Natur sein würde, und auch über die Nichtumkehrbarkeit der wirtschaftlichen Integration Westeuropas. Die lebhafteste Diskussion entbrannte über die Grundfrage der neuen Taktik, wieweit nämlich das Programm der „strukturellen Reformen“, also der allmählichen Verwandlung des „staatsmonopolistischen Kapitalismus“ aus sich selbst heraus, mit Unterstützung und Mitwirkung der linken Kräfte überhaupt politische Durchschlagskraft habe. Lelio Basso, einer der Führer der Italienischen Sozialistischen Partei der proletarischen Einheit, meldete erhebliche Zweifel an. Nach seiner Ansicht hatte sich in den kapitalistischen Ländern folgendes Schema eingespielt: „Die Arbeiterklasse stellt eine bestimmte Forderung und kämpft für sie; der Kapitalismus absorbiert diese Forderung; das Ergebnis sind bestimmte Veränderungen im

kapitalistischen System". Wo aber bleiben die politischen Folgen? Es wurden konkrete Fälle genannt, die diese Auffassung bestätigen. Die Interpretation läuft darauf hinaus, daß rechtzeitige Reformen im Rahmen des westlichen Industriestaates der Bewegung „von unten“ den revolutionären Wind aus den Segeln nehmen. In Rom gab es deshalb nicht wenige skeptische Stimmen, die zwar eine „demokratische Programmierung im Kapitalismus“ für möglich hielten, aber davor warnen, sie als „Allheilmittel“ bzw. „als Anzeichen einer Erhöhung der ‚sozialistischen Temperatur‘ des bestehenden Systems anzusehen“. Alles hänge davon ab, ob der Kampf auf allen Ebenen gekämpft werde, nicht nur als ökonomischer Kampf in den Betrieben, sondern vor allem als politischer Kampf um die Macht. Dazu erklärte der Führer der italienischen Metallarbeitergewerkschaft, Bruno Trentin, daß „eine langsame und allmähliche Umwandlung des Systems (in den westlichen Industriestaaten) eine illusorische Hoffnung sei, solange eine universelle Strategie fehlt“.

Die Vertreter des Instituts für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen in Moskau, die an dieser Konferenz in Rom teilnahmen, waren von dieser Art der offenen Diskussion beeindruckt. Der sowjetische Berichterstatter I. Ambarzumow machte jedenfalls das Beste aus der Sache und erklärte, daß „die Konferenz in Rom eine glänzende Widerlegung der bürgerlichen Erfindungen von einem ‚Schematismus‘ des Marxismus“ gewesen sei.

Als in Italien klar war, daß sich die Fusion der Nenni- und Saragat-Sozialisten ohne die Kommunisten vollziehen würde, änderte Longo die Taktik. Er rief nun zum großen Dialog mit den Katholiken auf. Eine Ermutigung schöpfte er aus der päpstlichen Enzyklika „*Populorum Progressio*“: Indem Paul VI. das System des Profits und den Rüstungswettlauf verurteilte, bewege er sich bereits auf einem den Kommunisten vertrauten Feld, demjenigen des Kampfes gegen den Imperialismus. Longo gab der Hoffnung Ausdruck, daß das päpstliche Rundschreiben in den Katholiken den antikapitalistischen Geist erwecken werde. Neue und große Möglichkeiten des Dialogs beständen.

Inzwischen ist dieser „Dialog“ zu einem Faktor der italienischen Innenpolitik geworden, von dem einige Bewegung, ja sogar einige Unruhe ausgeht.

2. Die Taktik des „Dialogs“ in Frankreich und die internationale marxistische Konferenz in Choisy-le-Roi (26.—29. Mai 1966)

Bei der Präsidentenwahl Ende 1965 hatte der Sammelkandidat der Linken de Gaulle zu einem zweiten Wahlkampf gezwungen. Nach diesem Erfolg schlug der Führer der KPF, Waldeck-Rochet, auf der „Woche des marxistischen Denkens“ in Paris (9.—15. März 1966) den Sozialisten vor, den „Dialog über die ideologischen und theoretischen Fragen“ wieder aufzunehmen. Um ein wesentliches Hindernis zu beseitigen, verzichtete er namens der KPF auf die alte Stalinsche These von der einen monolithischen Partei, die für die Führung des proletarischen Klassenkampfes notwendig sei. Er versprach, daß nach einem eventuellen gemeinsamen Sieg ein sozialistisches Mehrparteiensystem bestehen bleiben werde. Die entscheidende Frage sei dann allerdings, wie man einen kapitalistischen Rückschlag verhindern könne. Als Nahziel deklarierte er den Sieg bei den Parlamentswahlen 1967, um erst einmal das „Regime der persönlichen Macht“ — wie die französischen Kommunisten die Regierung de Gaulles nennen — zu beseitigen.

Nachdem den in Aussicht genommenen Bündnispartnern ein Kampfprogramm zugeleitet worden war, lud das ZK der KPF gemeinsam mit der Redaktion von „*Economie et Politique*“ marxistische Wissenschaftler, insbesondere Politökonomien, zu einer internationalen Konferenz vom 26. bis 29. Mai 1966 nach Choisy-le-Roi über „Probleme des staatsmonopolistischen Kapitalismus“ ein. Das Politbüro der KPF nahm vollzählig teil. Weil man die Mehrheit der Franzosen für noch nicht reif hielt, für die Verwirklichung des Sozialismus zu kämpfen, war das Interesse für die neuen Analysen verständlich, die zeigen sollten, wie *im Rahmen* der bestehenden Ordnung der westlichen Industriestaaten und besonders unter den Bedingungen der französischen Planifikation eine Transformation eingeleitet werden könne, welche die Kommunisten zunächst evolutionär ihrem Ziel näher bringt.

Unter Thorez waren seit dem Scheitern der Volksfrontkonzeption nach Kriegsende solche Gedanken nicht üblich. Jetzt konnte sich das ideologische Gewissen bei der Vorstellung beruhigen, daß, je mehr der „staatsmonopolistische Kapitalismus“ den objektiven Prozeß der Vergesellschaftung der Produktion beschleunige, desto stärker in seinem Schoße die ökonomischen und sozialen Voraussetzungen für

den Übergang zur „antimonopolistischen Demokratie“ und zum Sozialismus würden. Es sei deshalb zu gegebener Zeit durchaus möglich, die vom „staatsmonopolistischen Kapitalismus“ hervorgebrachten Formen, nämlich Staatsunternehmung, Planifikation, staatliche Finanzierung der Produktion, Kreditreglementierung, Regulierung der Investitionen, Steuerwesen, direktes Einwirken des Staates auf Lohn, Preis und Gewinn, zu wirksamen Mitteln zu machen, die für den Übergang zum Sozialismus benutzt werden könnten; die vom „staatsmonopolistischen Kapitalismus“ geschaffenen Hebel der staatlichen Einflußnahme auf die Wirtschaft könnten gegen die Monopole gekehrt und für den Prozeß des revolutionären Übergangs ausgenutzt werden.

Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, die unter Thorez als das „Europa der Trusts“ bezeichnet und immer abgelehnt worden war, wurde nun, wenn auch mit einigen Vorbehalten, als Realität anerkannt. Man gestand zu, daß in ihr objektive ökonomische Gesetze im Sinne einer „Internationalisierung des Kapitals“ wirken. Die wirklich „demokratische Alternative“ zur gegenwärtigen Integrationspolitik müsse es jedoch sein, die Grenzen des gemeinsamen Marktes zu überspringen und die Basis für eine wirtschaftliche Zusammenarbeit aller Staaten Europas, gleich ob kapitalistisch oder sozialistisch, zu schaffen. Die EWG müsse in einen größeren ökonomischen europäischen Verband aufgehen, der auch die sozialistischen Länder einschließe.

Im Dezember 1966 wurde das Wahlbündnis mit der Linksföderation Mitterands geschlossen, das bei den Parlamentswahlen im März 1967 erhebliche Gewinne erzielte und die gaulistische Regierungspartei in eine schwierige Lage brachte. Waldeck-Rochet nannte dieses Bündnis in Karlsbad den „Einheitsvertrag“. Allerdings stimmt das nicht so ganz; denn Mitterand hatte nur die eine Hälfte des Vorschlags akzeptiert, sich beim zweiten Wahlgang gegenseitig zu unterstützen. Die für Waldeck-Rochet noch wesentlichere Seite des Vorschlags, ein gemeinsames Regierungsprogramm als „demokratische Alternative zum staatsmonopolistischen Kapitalismus“ und zum „Regime der persönlichen Macht“ zu vereinbaren, wurde nicht akzeptiert. Aber Waldeck-Rochet denkt weiter. Er setzt auf spätestens 1971/72, wenn de Gaulles Präsidentschaft ausläuft. Dann hofft er mit Hilfe einer „antimonopolistischen Koalition“, einer modernen, offensiven Volksfront, den Durchbruch zu er-

zielen. Ob aber der Gang der Dinge den Dialog zwischen Kommunisten und Linksföderation bis dahin fördern oder hemmen wird, bleibt abzuwarten. Der Nah-Ost-Konflikt im Juni 1967 wirkte spaltend; er sah die Kommunisten getreu der Linie Moskaus im pro-arabischen Lager, dagegen Mitterand und seine Leute stark pro-israelisch engagiert.

Man hat im Sommer und im Herbst 1967 in einer gemeinsamen Kommission die Punkte der Übereinstimmung und der fortbestehenden Divergenzen zu klären versucht. Nach wie vor unterscheiden sich die Verhandlungspartner vornehmlich in außenpolitischen Fragen. Als Ergebnis der Beratungen wurde am 24. Februar 1968 ein gemeinsames Programm der Kommunisten und der Linksföderation veröffentlicht. Waldeck-Rochet hat es als „akzeptierte Mindestplattform“ charakterisiert, nicht jedoch als gemeinsames Regierungsprogramm. Letztlich geht es auch hier um das „Wer — Wen?“. Die Dinge sind nach den jüngsten Ereignissen in der Tschechoslowakei sicherlich wieder im Fluß.

3. Die Prager Round-table-Konferenz über den „Platz der Reformen“ im Kampf gegen den „staatsmonopolistischen Kapitalismus“

Eine Konferenz, welche die Aufgabe hatte, kleinere nichtregierende kommunistische Parteien für die Taktik des Dialogs auf gesellschaftlicher Ebene auszurüsten, fand für Vertreter aus 16 Ländern am „runden Tisch“ der Redaktion der internationalen Zeitschrift „Probleme des Friedens und des Sozialismus“ vom 1. bis 3. November 1966 in Prag statt.

Die Beiträge aus diesen Ländern waren dementsprechend auf die spezifischen Probleme der dortigen kommunistischen Parteien abgestimmt. Der Generalsekretär der KP Kanadas, William Kashtan, sprach von der Notwendigkeit, den modernen Kapitalismus undogmatisch zu studieren. Nur ein undogmatisches Studium gestatte es, Programme auszuarbeiten, „die von den tatsächlichen Widersprüchen des modernen, nicht aber des gestrigen Kapitalismus ausgehen und durch veraltete Lösungen nicht belastet werden“.

Man müsse „Zwischenforderungen und Übergangsformen des Kampfes festlegen“, ja die Partei müsse unter den neuen Bedingungen „ihr Antlitz wandeln“. Es sei zwar nicht in der Theorie, wohl aber in der Praxis schwer, den Arbeitern „den Unterschied zwischen unserem Programm der Reformen und dem Re-

formismus deutlich zu machen“, dem Reformen Selbstzweck und nicht nur ein „Schritt vorwärts auf dem Wege zum Endziel“ sind. „Viele Arbeiter akzeptieren unsere Ideen, aber unsere Partei akzeptieren sie nicht“, weil zwar „die Menschen im allgemeinen ... für radikale Reformen sind, nicht aber für eine Revolution in ihrem klassischen Sinne“. Die Frage: „Wie muß eine revolutionäre Partei unter nicht revolutionären Bedingungen arbeiten“? ließ Kashtan unbeantwortet.

Der stellvertretende Vorsitzende der KP Finnlands, Erkki Salomaa, fügte hinzu, daß man sich „nicht allein auf die Verurteilung der kapitalistischen sozialen und ökonomischen Ordnung beschränken“ dürfe. „Wir müssen ökonomische Umgestaltungen vorschlagen, die sich im Rahmen dieser Ordnung verwirklichen lassen.“

Aber der dänische ZK-Sekretär Ib Nörlund traf den neuralgischen Punkt, indem er sagte: „Entscheidende Bedeutung für die Entwicklung des Kampfes um die demokratischen Reformen und die Festigung der antimonopolistischen Kräfte hat jedoch die Aktivität der Massen“; denn, und dies ist eine bemerkenswerte Erkenntnis: „ein und dieselben Reformen können eine ganz unterschiedliche Bedeutung haben, je nachdem, ob sie ein ‚Geschenk von oben‘ oder ein Ergebnis des Kampfes ‚von unten‘ sind“. Mit anderen Worten, wenn eine Verbesserung der sozialen Situation der Arbeiter z. B. durch eine politische Streikbewegung erzwungen wird, hat dies einen anderen politischen Effekt, als wenn sie aufgrund von Parlamentsbeschlüssen über die soziale Gesetzgebung eintritt.

Der Vertreter der KPD, der ZK-Sekretär Josef Schleifstein, äußerte sich in habituellem Optimismus. Von der Wirtschaftskrise in der Bundesrepublik erwartete er sich einen allgemeinen „Stimmungsumschwung in der arbeitenden Bevölkerung“. Besondere Hoffnungen setzte er auf die „Neue Linke“, die sich unter den Studenten und Intellektuellen der Bundesrepublik zu entfalten beginne. Zwar sei diese „Neue Linke“ gegenwärtig sowohl von der Sozialdemokratie wie den Kommunisten enttäuscht und suche nach dem „dritten Weg“; eine „positive Beeinflussung dieser sich radikalierenden Kräfte in der Intelligenz“ könne aber durch die „Stärkung unserer theoretischen Arbeit“ erreicht werden, „so daß diese intellektuellen Kräfte sich selbst davon überzeugen können, daß ihre Vorstellung von einer dogmatischen, engen, jeder Entwicklung

der marxistischen Theorie sich widersetzenden kommunistischen Partei ein von der Propaganda des Gegners übernommenes Vorurteil ist“. (Entsprechende Bemühungen in der Bundesrepublik Deutschland gibt es an mehreren Stellen, ohne jedoch das Interesse der Öffentlichkeit bisher erreicht zu haben.)

4. „Imperialismus heute — Der staatsmonopolistische Kapitalismus in Westdeutschland“ und das Projekt des Redneraustausches SED — SPD

Im Frühjahr 1966 war das Projekt des Redneraustausches SED—SPD das wichtigste innerdeutsche Ereignis. Auch in diesem Fall spielte auf seiten der SED die Kombination von theoretischer Arbeit und neuer Taktik eine Rolle. Ulbricht sprach in seiner Rede zum 20. Jahrestag der Gründung der SED davon, daß die Taktik des Dialogs mit der SPD auf einer neuen „wissenschaftlichen Analyse“ der Situation in der Bundesrepublik beruhe.

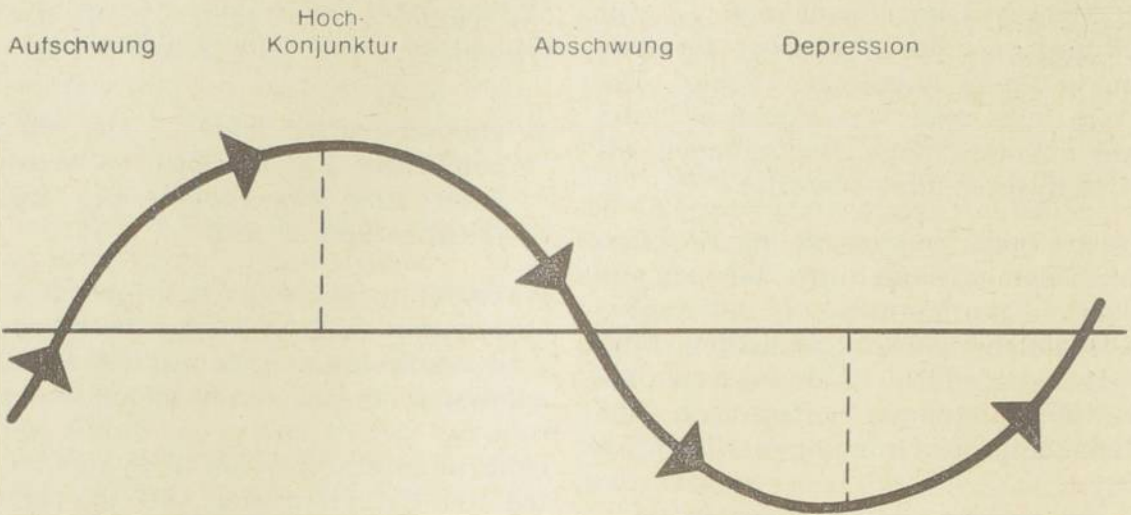
Geht man vom Frühjahr 1966 in das Jahr 1965 zurück, dann stößt man auf eine ganze Reihe von Konferenzen. Man findet vor allem ein voluminöses Werk „Imperialismus heute — Der staatsmonopolistische Kapitalismus in Westdeutschland“, das diese Konferenzen und die Diskussion über das neue Verhältnis von Ökonomie und Politik in „Westdeutschland“ auslöste. Verfaßt ist das Werk von einem Autorenkollektiv von fünf Politökonomien des Parteilorschungszentrums der SED mit dem Institutsdirektor, Professor Otto Reinhold, an der Spitze. Es stellt die bisher umfassendste kommunistische Analyse über das Verhältnis von Ökonomie und Politik in westlichen Industrieländern dar. Ein Kernstück der neuen Theorie läßt sich aus der Analyse der Ost-Berliner Autoren — allerdings in gebotener großer Vereinfachung — gut herauslösen. Für die marxistische „Politökonomie des Kapitalismus“ war von jeher der „klassische“ Konjunkturzyklus von eminenter Bedeutung. (Siehe Bild 1 S. 28).

Mit den Phasen der ökonomischen Bewegung wurden spezifische Erwartungen hinsichtlich der sozialen bzw. sozialrevolutionären Bewegung verbunden.

Die Theoretiker der SED sagen nunmehr: Aus kleinen Anfängen habe sich in der Mitte der fünfziger Jahre das vollendete System eines „staatsmonopolistischen Kapitalismus“ herausgebildet. Die neue Qualität dieses Systems bestehe darin, daß der Staat nicht mehr einfach

Bild 1

„Klassischer“ Konjunkturzyklus



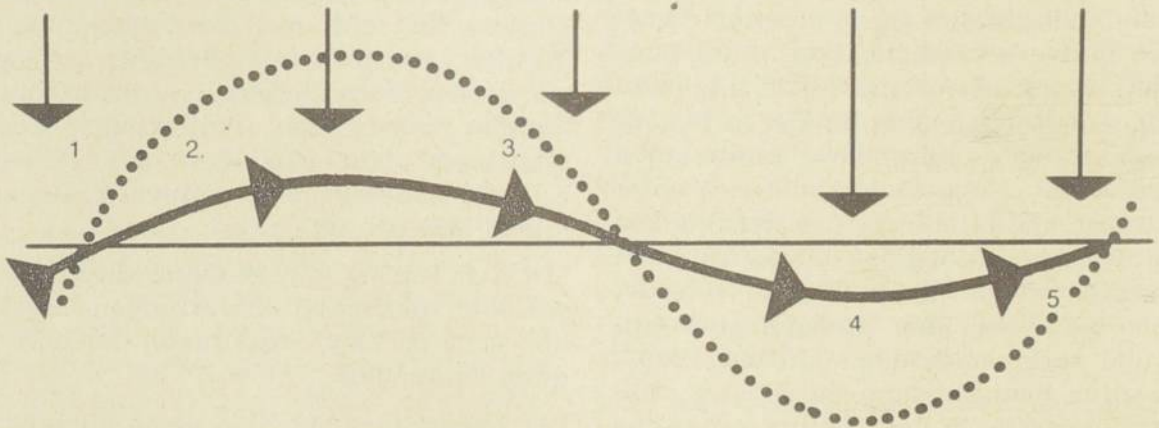
den Monopolen untergeordnet, also ein Werkzeug der Monopole sei; der Staat selbst ist eine ökonomische Potenz. Der neuen Theorie zufolge hat der westliche Industriestaat ein umfassendes Regulierungssystem zur Steuerung ökonomischer Prozesse entwickelt. Er wendet es mit Erfolg an. Er kann z. B. aktive Konjunkturpolitik betreiben. Man wartet nicht mehr die Überproduktion von Waren ab, sondern schränkt schon früher die Produktion ein. Durch vielfältige Maßnahmen wird versucht,

eine Übersteigerung der Konjunktur in der Aufstiegsphase zu bremsen; wenn die Konjunktur „heiß“ wird, versucht man, Maßnahmen zur Dämpfung der Konjunktur einzuleiten. Das Hineingleiten in die Krise wird gehemmt, der Ausbruch der Krise wird abgeschwächt und der Austritt aus der Krise gefördert. Dadurch wird der Konjunkturzyklus des Kapitalismus wesentlich verändert. Die heftigen Pendelausschläge verschwinden, die Zyklen werden abgeflacht.

Bild 2

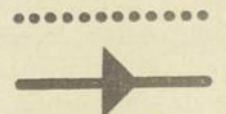
Regulierungsmaßnahmen im „Staatsmonopolistischen Kapitalismus“

- 1 Einschränkung der Überproduktion
- 2 Dämpfung der Hochkonjunktur
- 3 Hemmung des Ausbruchs der Krise
- 4 Abschwächung der Krise
- 5 Forderung des Austritts aus der Krise



Ergebnis:

An die Stelle der heftigen Pendelausschläge des alten Zyklus tritt ein abgeflachter Zyklus



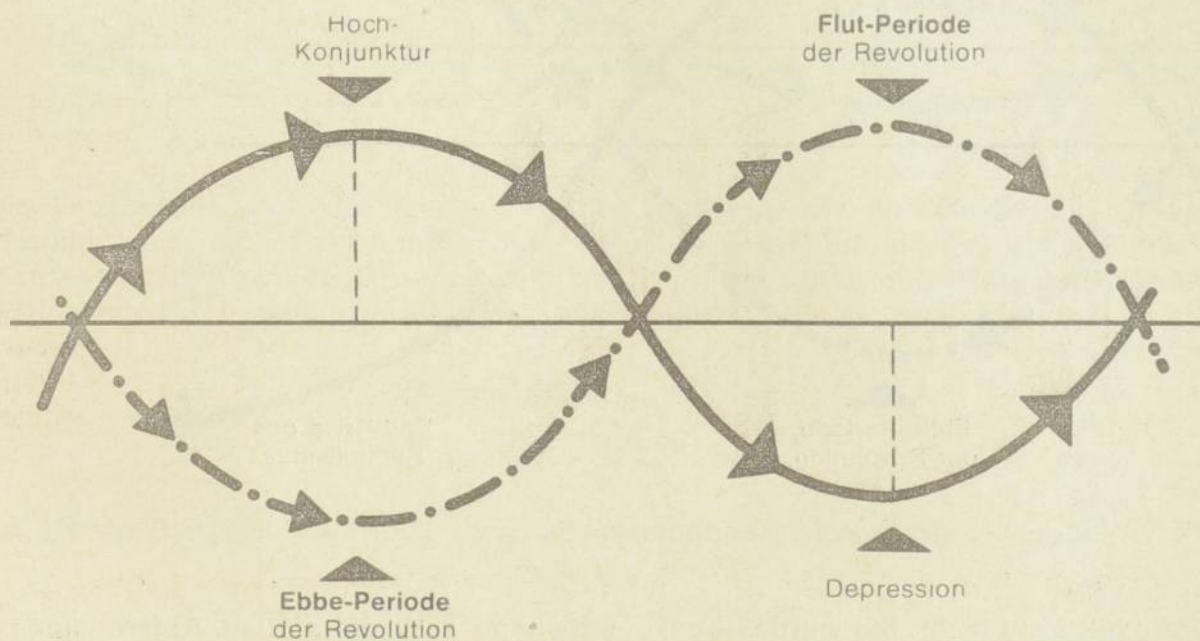
Nun hatte die Lehre von den Wirtschaftszyklen im Kapitalismus eine außerordentliche Bedeutung für die kommunistische Lehre von der Revolution. Bisher hieß es: wenn die kapitalistische Wirtschaft in eine Konjunkturphase eintritt, dann sinken die revolutionären Energien der Arbeiterklasse, dann durchläuft die revolutionäre Bewegung eine „Ebbe-Periode“.

Wenn dagegen die kapitalistische Entwicklung in eine depressive Phase eintritt, wenn aus der ökonomischen Depression soziale Krisen entstehen, dann tritt die revolutionäre Bewegung in eine „Flutperiode“ ein, das heißt: nach der klassischen Theorie sind der ökonomische Zyklus des Kapitalismus und der Zyklus der revolutionären Bewegung gegenläufig.

Bild 3

„Klassischer“ Konjunkturzyklus und Zyklus der revolutionären Bewegung

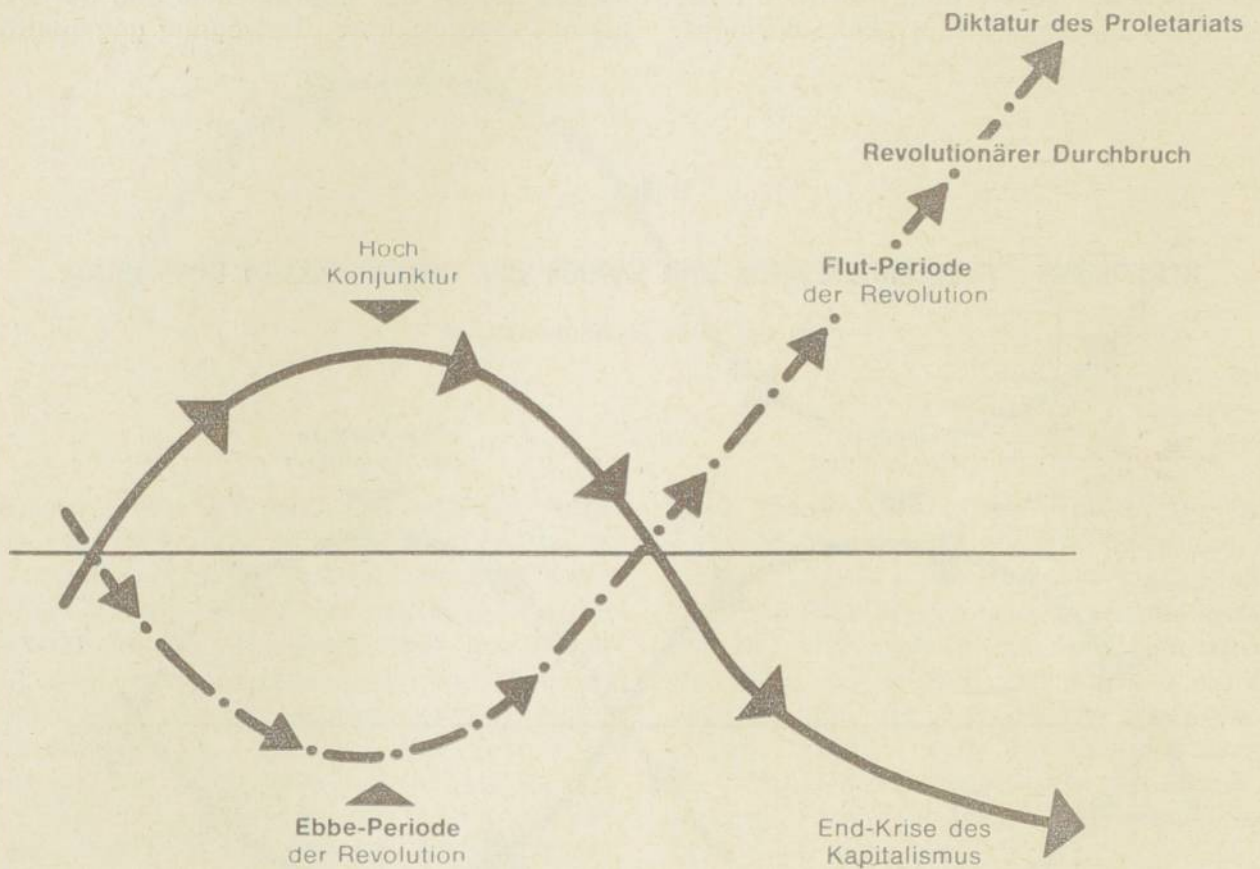
nach der alten Revolutionslehre



Unter günstigen Umständen kann in der Flutperiode der revolutionäre Durchbruch erfolgen. Dann wird der bürgerliche Staat zerschlagen,

die Diktatur des Proletariats errichtet, beginnt die ökonomische und soziale Umwälzung der Gesellschaft hin zum Sozialismus.

**End-Krise des Kapitalismus und revolutionärer Durchbruch
zur Diktatur des Proletariats** — nach der alten Revolutionslehre



Diese Theorie gilt nicht mehr. Sie wurde — gegen den Widerstand der Dogmatiker — außer Kurs gesetzt.

Der Widerstand der Dogmatiker ist verständlich. Wenn nämlich der „staatsmonopolistische Kapitalismus“ imstande ist, explosionsartige Erscheinungen, tiefe ökonomische Depressionen, wie z. B. die Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1933, zu verhindern, wenn er imstande ist, die ökonomischen Pendelausschläge abzuschwächen, den ökonomischen Zyklus abzuflachen, wo bleibt dann die Ebbe- und Flutperiode der Revolution?

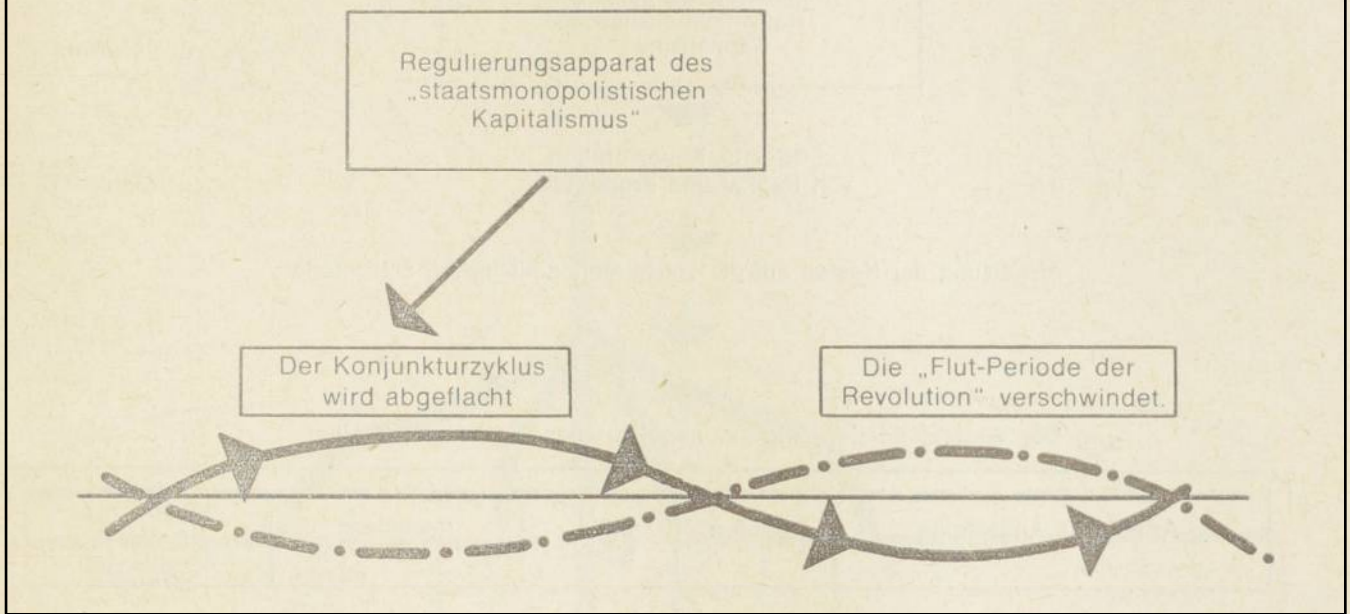
(Siehe Bild 5 S. 31).

Die neuen Theoretiker können natürlich nicht sagen, daß damit das kapitalistische System unangreifbar wird; sie behaupten vielmehr, daß es mit der Beseitigung der tiefen Ab-

schwünge auch die steilen Aufschwünge verhindert, daß es permanent unstabil wird, sich in einer Krise dauernder Labilität befindet. Sie argumentieren: Der staatsmonopolistische Kapitalismus nimmt durch die Regulierung und Programmierung der ökonomischen Prozesse bereits einen Teil der künftigen sozialistischen Planung vorweg. Dadurch wird der Privatkapitalist zu einer „völlig überflüssigen Figur“. Zugleich fördert der Staat auf jede Weise die weitere rasche Konzentration des Kapitals und der Produktion. Damit vermehrt er aber auch auf der anderen Seite die Masse der nichtmonopolistischen Volksschichten. Gleichwohl begünstigt er durch seine Maßnahmen einseitig die Monopole und tut alles, um die „Monopolprofite“ zu maximieren. Dieser Staat meistert die wissenschaftlich-technische Revolution und investiert gewaltige Summen in Forschung und Entwicklung. Aber die

Bild 5

Das „kapitalistische System“ – unangreifbar?

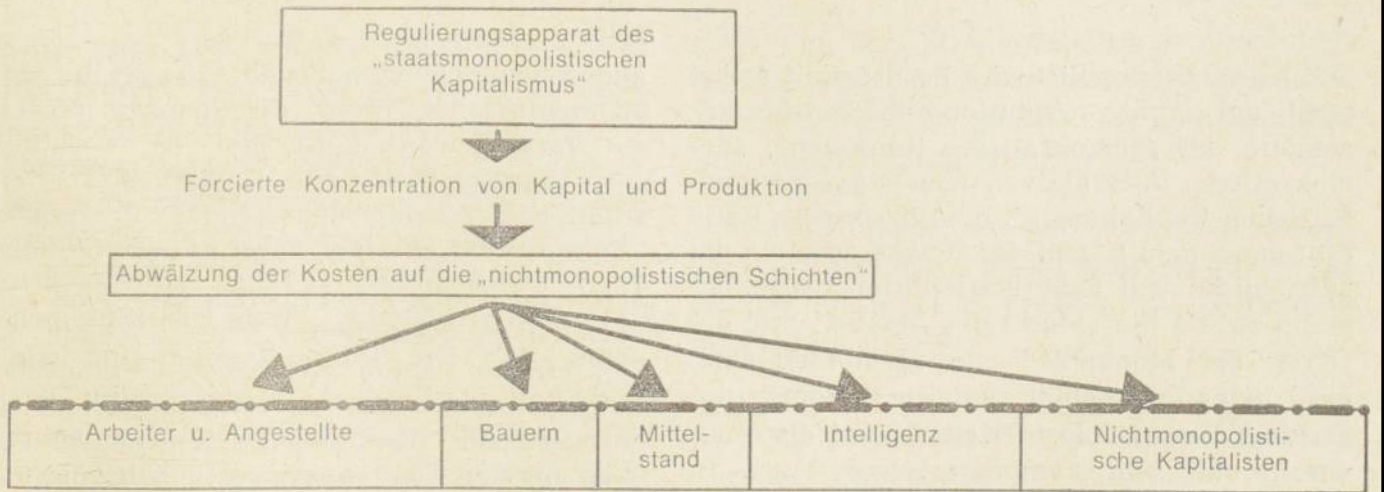


Kosten hierfür wie auch die Kosten für die Aufrüstung wälzt er auf die „nichtmonopolistischen Volksschichten“ ab. Diese reichen bereits von der Arbeiterschaft über Bauern, Mit-

telstand, die Intellektuellen, besonders die technische Intelligenz, bis zu den kleineren und mittleren nichtmonopolistischen Kapitalisten.

Bild 6

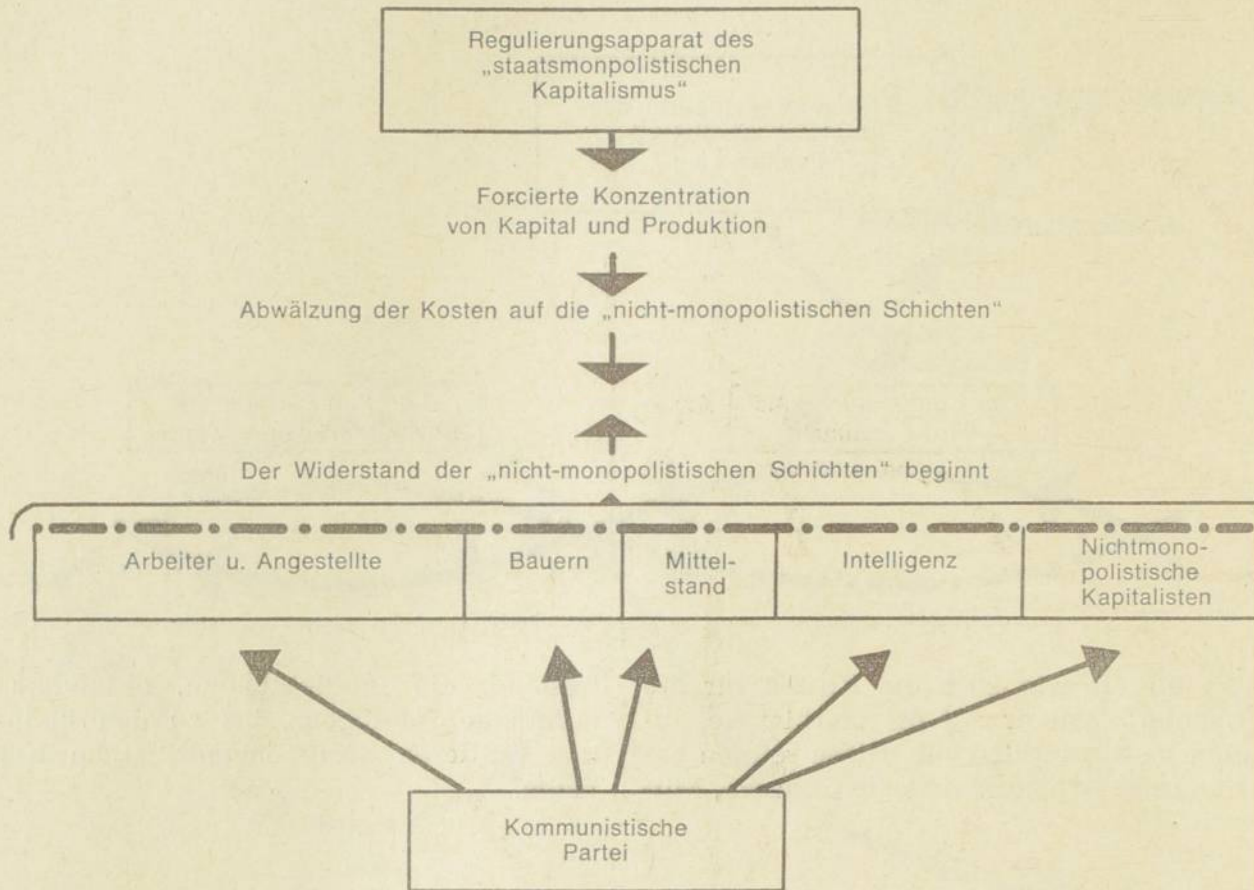
Der „Ausbeutungsmechanismus“ des „Staatsmonopolistischen Kapitalismus“



Das Unbehagen dieser Schichten über das System des „staatsmonopolistischen Kapitalismus“ wird größer. Aber ihre Kräfte sind noch zersplittert. Die Funktion der kommunistischen Parteien in westlichen Industriestaaten besteht jetzt darin, als Katalysator einer „an-

timonopolistischen Front“ zu wirken. Sie muß, vornehmlich durch die „Taktik des Dialogs“, die anderen Kräfte, Sozialdemokraten, Gewerkschaften, progressive Christen, Studenten usw., für eine „antimonopolistische Koalition“ gewinnen.

„Antimonopolistische Koalition“ durch „Taktik des Dialogs“

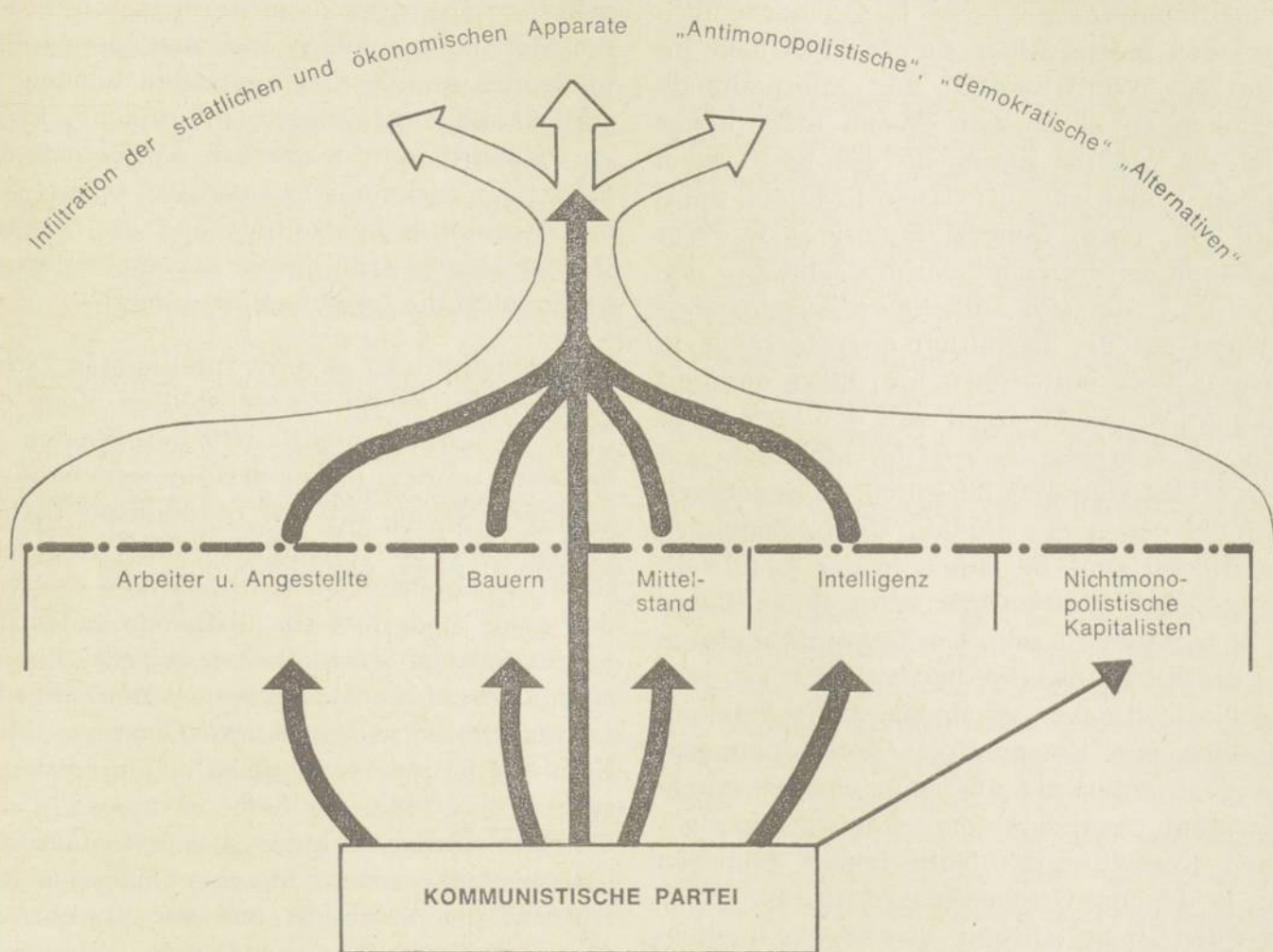


Bildung einer „antimonopolistischen“ („antiimperialistischen“, „demokratischen“ usw.) Front durch die „Taktik des Dialogs“ unter Führung der KP

Diese „antimonopolistische Front“ zielt selbst nicht auf einen revolutionären Durchbruch, sondern auf „demokratische Reformen“, „demokratische Alternativen zum staatsmonopolistischen Kapitalismus“. Eine besondere Rolle fällt dabei dem Kampf der Gewerkschaften um betriebliche und außerbetriebliche Mitbestimmung zu. Da die „Macht des Staates“ und die „Kraft der Monopole“ eng verbunden sind, wird jeder Lohnkampf zugleich zu einem politischen Kampf. Dieser Kampf wird als langwierig und sehr kompliziert angesehen. In ihm geht es darum, die Monopole von außen wie von innen her zu bedrängen, die vorhandenen Machtapparate des Staates personell zu durchsetzen, eine Machtposition nach der

anderen zu gewinnen, bis eines Tages die antimonopolistische Front des ganzen Volkes so stark geworden ist, daß sie den „staatsmonopolistischen Kapitalismus“ schaffen. „Reform wird zu einer Form der Revolution“. Jetzt erst ist die Basis für den Übergang zum Sozialismus geschaffen. „Einschneidende demokratische, antimonopolistische Umgestaltungen sind eine Art Vorbereitungsperiode sozialistische Wandlungen. Sie ebnen den Weg für den Übergang zum Sozialismus, helfen, die Massen im Geiste der sozialistischen Ideen zu erziehen.“ So hat es der Sekretär des ZK der KPdSU, B. N. Ponomarew November 1967 formuliert.

„Reform als Form der Revolution“



Im Frühjahr 1966 startete die SED vor dem Hintergrund dieser Konzeption den Dialog mit der SPD. Er zielte auf die Spaltung der Führungsgruppe der SPD und die Mobilisierung ihrer Mitglieder für die Aktionsgemeinschaft, auf die Gewinnung der westdeutschen Gewerkschaften und der Intellektuellen. Ulbricht war von dieser Perspektive so fasziniert, daß er längere Zeit die Warnungen einer starken Gruppe im Politbüro überhörte, bis schließlich auch ihm das Risiko zu groß wurde. Die Kader waren den intellektuellen Anforderungen eines Dialogs auf breiter Front nicht gewachsen; die Aussicht auf den Redneraustausch löste eine Welle gesamtdeutscher Emotionen in beiden Teilen Deutschlands aus, die der Kontrolle der SED zu entgleiten drohte. Herbert Wehner hatte dies vorausgesehen. Nachdem sich keine Anfangs-

erfolge für die SED eingestellt hatten und auch die sowjetischen Führer bedenklich geworden waren, wurde die Operation abgebrochen. Die SED trat ihren Juni-Rückzug an.

Uns will scheinen, daß auch die neuen theoretischen Analysen über die Bundesrepublik nur zu einem geringen Teil richtig sind. Worin liegt ihr Hauptmangel?

5. „Was verstehen die Genossen eigentlich unter Monopolen?“

Der Terminus „staatsmonopolistischer“ Kapitalismus enthält zwei Bestandteile: Staat und Monopol. Die modernen Theoretiker der SED haben sich bemüht, die wirtschaftspolitischen Funktionen des Staates in einer reifen Industriegesellschaft herauszufinden und sind dar-

in — im Vergleich zu dem, was Kommunisten früher zu sagen wußten — originell. Unoriginell sind sie, wenn sie von den Monopolen sprechen. Für sie sind Monopole die größten Industrieunternehmen. Sie folgen darin übrigens den sowjetischen Autoren aus dem Institut für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen in Moskau. Wenn diese etwas über die größten Monopole der Welt sagen wollen, zählen sie auf: General Motors, Standard Oil, Ford, General Electric usw. Was Monopole wirklich sind, darüber fehlt die Aussage. Es findet sich auch keine Auseinandersetzung mit der Definition des Monopols in unserer Volkswirtschaftslehre; diese definiert bekanntlich ein Monopol von der Machtposition auf dem Markt pro Gut. Monopole auf dem Markt sind äußerst selten. In den Bereichen, in denen die größten Unternehmungen angesiedelt sind, herrschen in der Regel Oligopole. Der Wettbewerb unter ihnen pflegt recht wirksam zu sein. Die Generaldirektoren der großen Autowerke, und nicht nur sie, wissen ein Lied davon zu singen. Jahrzehntelang sprechen nun Kommunisten von Monopolen und vom Monopolkapitalismus und seit einem Jahrzehnt bevorzugt vom „staatsmonopolistischen Kapitalismus“. Noch immer erblicken sie in Lenins Gelegenheitsschrift von 1917 über den „Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ das klassische Werk über den Monopolkapitalismus.

Aber die Zeiten ändern sich. 1967, im 50. Jahr des Erscheinens dieser Schrift, fand in Moskau eine Konferenz über ihre Bedeutung für die heutige Situation statt. Ein tschechischer Dozent fragte: Wie erklärt es sich eigentlich, daß es dem Kapitalismus gelingt, sich den Erfordernissen der wissenschaftlich-technischen Revolution anzupassen? Wie gelingt es ihm eigentlich, dem raschen wissenschaftlich-technischen Fortschritt den Weg zu bahnen? Ein anderer Dozent aus Prag fragte: Was verstehen denn die Genossen eigentlich unter Monopolen und dem Monopolkapitalismus? Er empfiehlt sogleich ein Forschungsprogramm: Man solle doch einmal die großen Aktiengesellschaften und die Wirtschaftsverbände konkreter analysieren, etwa das Aufeinanderstoßen der Interessen innerhalb dieser Gebilde, den Widerspruch zwischen Aktionären und Mana-

gern, zwischen Verwaltung und Gewerkschaften genauer untersuchen. Beschlüsse gingen doch aus einem Miteinanderringen von Interessen innerhalb solcher Gebilde hervor; wenn man das untersuche, dann werde man nicht nur die Monopole, sondern auch den Monopolkapitalismus realistischer beurteilen können. Er schließt die nicht weniger interessante Frage an: Wodurch wird eigentlich der Begriff des Eigentums bestimmt? Er antwortet selbst: Wer die Produktion kontrolliert und die wichtigsten Beschlüsse faßt, der ist der entscheidende Mann, nicht der formelle Eigentümer.

Wahrscheinlich ist es nicht zufällig, daß Tschechoslowaken solche Fragen stellten; denn die ČSSR ist unter den sozialistischen Staaten jenes Land, in dem bisher die theoretische Auseinandersetzung mit den ordnungspolitischen Problemen einer modernen Industriegesellschaft am intensivsten betrieben und das Modell einer modernen sozialistischen Industriegesellschaft am ernsthaftesten angestrebt wurde. Andere tschechoslowakische Wirtschaftswissenschaftler entwickelten 1967 Gedanken über Konkurrenz und Monopol im neuen Leitungssystem der ČSSR. Da heißt es u. a.: „In der Gegenwart betrachten wir“, das heißt die sozialistischen Ökonomen, „die ökonomischen Kategorien des Monopols und der Konkurrenz als untrennbaren Bestandteil jeder Warenproduktion, jedes, also auch eines sozialistischen Marktmechanismus.“

Die klassische politische Ökonomie des Marxismus überliefert seit alters her, daß Konkurrenz eines der typischen Kennzeichen des Kapitalismus sei. Jetzt erfahren wir, daß eine sozialistische Wirtschaft, die aus den Fesseln eines unökonomischen, bürokratischen Administrierens herausgelöst und auf die Konsumenten, auf Markt und Gewinn orientiert wird, zugleich auch den ungekünstelten Wettbewerb als Triebkraft des Wirtschaftens kennen und akzeptieren lernt.

Lenin hat verkündet, daß der Kapitalismus auf der Stufe des Imperialismus Monopolkapitalismus werde. Nunmehr wird bei der Umorientierung einer Zentralverwaltungswirtschaft auf marktadäquate Prinzipien entdeckt, daß es auch in einer sozialistischen Wirtschaft Monopole geben kann; wenn in einer Branche

nur ein Betrieb vorhanden ist, besteht die Gefahr, daß er wegen seiner „Einzigkeit“ weder auf Konsumenten noch auf den Markt Rücksicht nimmt.

Prof. Reinhold und seine Mitarbeiter scheinen sich mit solchen Gedankengängen nicht zu beschäftigen, obgleich sie sich nicht mehr nur mit der „Politischen Ökonomie des Kapitalismus“, sondern auch mit der „Politischen Ökonomie des Sozialismus“ befassen; das heißt heute: mit den ökonomischen Reformversuchen im eigenen Bereich. Prof. Reinhold ist nicht zufällig nach dem Selbstmord von Erich Apel zu einem Cheftheoretiker des „Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung“ (NOS) aufgerückt. Seine Position und seine Fähigkeiten legitimieren ihn somit zum Experten für die Theorie des „Staatsmonopolistischen Kapitalismus“ wie auch für die Konzeption des „Ökonomischen Systems des Sozialismus“ (OSS).

Eine solche Doppelfunktion könnte einen unvoreingenommenen Vergleich der Elemente der Wirtschaftsordnungen in beiden Teilen Deutschlands nahelegen. Das gelingt noch nicht. Zwar wird die Notwendigkeit nachgewiesen, die sozialistische Ökonomie so umzubauen, daß in ihren Betrieben maximale Gewinne zur Steigerung der ökonomischen Effizienz der gesamten Volkswirtschaft erzielt werden. Für die Wirtschaft der Bundesrepublik, die schon längst nach diesem Grundsatz arbeitet, wird das gleiche Prinzip als „Monopolprofit“ angeprangert.

In der Bundesrepublik bestehen verschiedene Eigentumsformen an den Produktionsmitteln, in der DDR herrscht fast ausschließlich Staats Eigentum. Da nicht nur die dominierende westliche Volkswirtschaftslehre, sondern auch sozialistische Wirtschaftswissenschaftler der Auffassung sind, daß die Eigentumsformen nicht die einzigen konstituierenden Faktoren einer Wirtschaftsordnung sind, müßten sich interessante vergleichende Untersuchungen anstellen lassen, wenn nunmehr nicht nur die eine,

sondern auch die andere Ordnung auf den Markt, das heißt letztlich auf den Konsumenten orientiert sein soll. Der wissenschaftliche Weg zu solchen Strukturvergleichen ist der anderen Seite noch immer durch ideologische Barrieren blockiert.

Der Beitrag der Theoretiker und Praktiker im anderen Teil Deutschlands zur sozialistischen Wirtschaftstheorie ist unbestritten. Eine Zeitlang kamen aus den sozialistischen Staaten Delegationen, um die Modernisierungsbestrebungen in der DDR zu studieren. Das ist Vergangenheit. Inzwischen ist die DDR von der ČSSR überholt worden. Die Ungarn folgen. Beide Länder tendieren, zumindest der Konzeption nach, auf einen „Konkurrenzsozialismus“, auf eine sozialistische Marktwirtschaft mit Staatseigentum an den Produktionsmitteln.

Die Reformbestrebungen in der ČSSR haben u. a. wohl auch den Sinn, durch Demokratisierung die Hindernisse hinwegzuräumen, welche die Dogmatiker der Wirtschaftsreform in den Weg legen. Die sowjetische Führung verfolgt diese Vorgänge mit wachsamer Sorge. Man könnte sich ein echtes Interesse mancher sowjetischer Theoretiker und Praktiker an dem Fortgang der tschechoslowakischen Reformen vorstellen. Die Sowjetführer sind für ein Riesenreich verantwortlich, in dem die ökonomische Programmierung naturgemäß größeren Schwierigkeiten begegnet. Wenn sie wirklich um der höheren Effizienz willen ökonomische Reformen im eigenen Bereich wollen, könnten sie — auch noch nach den Ereignissen der Augusttage dieses Jahres — daran interessiert sein, daß Partei- und Staatsführungen in kleineren, leichter überschaubaren Bereichen Modellexperimente durchführen. Was jedoch einen Erfolg der übergreifenden Regionaltaktik gegenüber Westeuropa anbelangt, so läßt sich heute schon sagen, daß das gewalttätige sowjetische Auftreten in Prag erhebliche Rückschläge bringen wird.

V. Die zwei Ebenen der Regionaltaktik für Westeuropa

Die *Karlsbader Konferenz*, zu der sich die Spitzen von 24 regierenden und nicht regierenden kommunistischen Parteien aus West- und Osteuropa vom 24. bis 26. April 1967 zusammenfanden, hat mit wünschenswerter Deutlichkeit eine Regionaltaktik für Westeuropa proklamiert, die auf zwei Ebenen wirken soll:

1. Auf der *staatlichen* Ebene wird ein europäisches Sicherheitssystem ohne die USA angestrebt. Die westlichen Zusammenschlüsse sollen sich dabei auflösen, wodurch nach Ausschaltung des amerikanischen Gegengewichts die Präponderanz in Europa der Sowjetunion zufiele. Deshalb hat sich der propagandistische Hauptstoß in Karlsbad auch gegen den sogenannten amerikanischen „Aggressor“ und seinen „europäischen Juniorpartner“, die Bundesrepublik Deutschland, gerichtet, die isoliert werden soll.

2. Auf *gesellschaftlicher* Ebene sollen in den westeuropäischen Staaten vornehmlich mit Hilfe der Taktik des „Dialogs“ zwischen Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschaftsmitgliedern, progressiven Christen, Friedenskämpfern, Intellektuellen, Studenten u. a. Volksfronten von einer neuen Qualität entstehen. Ihnen sind folgende Aufgaben zugeacht:

a) Bis 1969, wenn der NATO-Vertrag ausläuft, sollen sie eine breite europäische Massenbewegung, eine „große vereinigende Alternative“ entfalten, welche die Fortsetzung der NATO, gleich in welcher Form, verhindert.

b) Die zweite Aufgabe hat Breshnew in Karlsbad umschrieben, als er das Problem der europäischen Sicherheit nicht nur als außenpolitisches, sondern auch als „ein überaus wichtiges soziales Problem“ bezeichnete, weil „der Zeiger des politischen Barometers bei einer internationalen Entspannung nach links ausschlägt“, während „der Kalte Krieg und die Atmosphäre militärischer Drohungen ... die Tätigkeit der revolutionären, demokratischen Kräfte ernstlich erschweren“. Vor allem könnte „die Aktionseinheit der Kommunisten und Sozialisten eine scharfe Wendung in der ganzen politischen Lage Westeuropas sichern“.

Die Aktionseinheit der europäischen Arbeiterklasse, die volksfrontähnlichen „antimonopolistischen Koalitionen“ und das sowjetische Sicherheitsmodell für Europa — diese drei Elemente sind in der neuen sowjetischen Regionaltaktik für Westeuropa zu einer Einheit verbunden.

Die nichtregierenden kommunistischen Parteien Frankreichs und Italiens zeigten sich in Karlsbad an der Herausarbeitung der qualitativ veränderten Volksfrontperspektive besonders interessiert. Andere Interessen divergierten. So machte die Karlsbader Konferenz im ganzen einen etwas gequälten Eindruck. Dazu haben beigetragen: die chinesischen Sorgen der sowjetischen Führer, das verhaltene Mißtrauen einiger regierender kommunistischer Parteiführungen gegen eine sowjetische Generallinie und die Frustration der SED seit dem Sommer 1966. Die SED hat damals bei dem Projekt des Redneraustausches nicht das überzeugende Beispiel für die neue Taktik des Dialogs geliefert, das vielleicht nach Frankreich, Italien und Österreich weitergewirkt hätte. Deswegen hat der Juni-Rückzug ihr auch herbe Kritik von seiten der italienischen und der österreichischen Kommunisten eingetragen. Auf die Regierung der Großen Koalition und ihre deutlicher profilierte Ostpolitik hat die SED reichlich nervös reagiert. Sie hat ihre Hilfsbedürftigkeit gegenüber dem von ihr so genannten „Bonner Revanchismus“ so deutlich zur Schau getragen, daß sie damit anderen Bruderparteien bereits auf die Nerven fällt. Ungeteilte Zustimmung findet die SED nur noch seitens der derzeitigen Führung der KP Polens; benützt wird sie von der KPdSU als Propagandist gegen die Bundesrepublik Deutschland, die um ihrer Selbsterhaltung willen auf das Bündnis mit den USA nicht verzichten kann.

Die Differenzierung trat noch stärker auf dem Budapester Konsultativtreffen hervor, wobei man den Auszug der Rumänen gar nicht überzubewerten braucht. Auffallender war die beherrschte Haltung, welche die sowjetischen Vertreter damals gegenüber dem Pluralismus in der kommunistischen Weltbe-

wegung an den Tag legten. Immerhin hat die KPdSU die Einberufung einer kommunistischen Weltkonferenz durchgesetzt, allerdings, soweit sich das heute sagen läßt, mit eingeschränkter Tagesordnung. Das Kommuniqué nennt als wichtigste Aufgaben den Kampf „gegen den Imperialismus in der gegenwärtigen Etappe und die Aktionseinheit der kommunistischen und Arbeiterparteien, aller antiimperialistischen Kräfte“. Damals wurde offenbar die Abneigung noch respektiert, die zahlreiche Parteien gegen ideologisch verbindliche Grundsatzdokumente und gegen die Festlegung auf eine Generallinie (nach dem Muster von 1957 und 1960) bekundeten. Die meisten Parteien wollten Konsultation und Koordination, nicht jedoch eine Zentralisation.

Das Erreichte könnte der Sowjetunion von heute genügen. Sie hat für sich die Maße einer Weltmacht antizipiert, in die sie hineinwächst. Dies ist ein langwieriger Prozeß. Die sowjetische Führung glaubt, daß Erfolge kommunistischer Parteien in den westlichen Staaten und anderen Kontinenten die Weltmachtstellung ihres Rivalen schwächen. Erfolge verspricht sich die Sowjetunion auch von nicht-kommunistischen Regimen, die in der einen oder anderen Weise gegen die USA optieren. Für eine Weltmacht, welche ihre Präsenz in allen Weltgegenden und auf allen Weltmeeren spüren lassen will — und dies unter Vermeidung der direkten militärischen Konfrontation mit dem noch immer mächtigeren Kontrahenten —, werden elastische Methoden und indirekte Einwirkungen zunehmend wichtiger. Das Risiko für eine noch immer totalitär, wenn auch nicht mehr stalinistisch verfaßte Macht liegt darin, daß die erstrebte Ubiquität der Präsenz Rückwirkungen auslöst. Sie werden von den beamteten Ideologen als „ideologische Diversion“ und „Versuche zur Aufweichung“ seitens des großen Rivalen oder „des Kapitalismus“ registriert und bekämpft. Hinter diesen ideologischen Argumenten wird das traditionelle russische Mißtrauen gegen die Umwelt wieder deutlich spürbar. Der Einfluß westlicher Demokratien besteht, wenn auch nicht in der Form der „ideologischen Diversion“. Dieser Einfluß der Umwelt auf das sowjetische Reich ist jedoch der Preis, den ein

solches Regime dafür zahlen muß, daß es weltweit präsent sein will.

Westliche Beobachter sind einhellig der Meinung, daß auch die derzeitige sowjetische Führung bei dem Streben nach Erweiterung ihrer Einflußsphäre politische Mittel den militärischen Mitteln vorzieht. Man darf mit großer Wahrscheinlichkeit annehmen, daß sowjetkommunistische Planer Situationen durchdenken, in denen Zeit und Umstände es der Sowjetführung gestatten könnten, neue machtpolitische Daten so zu setzen, daß daraus eine Ausdehnung der Einflußsphäre erfolgt. So wird man in der neuen Regionaltaktik für Westeuropa die Absicht sehen dürfen, ein Kraftfeld zu präparieren, in dem sich die sowjetische Präsenz einmal in eine sowjetische Präponderanz verwandelt; sei es, daß die Schaffung einer starken strategischen Position im östlichen Mittelmeer in Richtung Westen eine Kettenreaktion auslöst oder die 6. amerikanische Flotte eines Tages aus dem Mittelmeer abzieht (dies war auch eine Forderung Breshnews in Karlsbad) oder sich die innenpolitische Situation in Italien oder Frankreich unerwartet grundlegend verändert. Als Prämisse ziehen die sowjetischen Führer den schleichenden oder raschen Abbau der amerikanischen Präsenz in Europa ins Kalkül. Für den Raum östlich von Suez ist durch den Rückzug Großbritanniens diese Prämisse bereits gegeben.

Ziehen wir das *Fazit*: Die Herausforderung durch den industriell noch immer überlegenen Westen war eine der Ursachen für die ökonomischen Reformdiskussionen und -experimente im Osten, wobei von Natur diejenigen Regionen bessere Erfolgchancen haben, die über einen gewachsenen Boden industrieller Zivilisation verfügen. Diese Möglichkeit auch für die DDR voll auszuschöpfen, wird durch die heutige SED-Führung blockiert.

Die gegen die westliche Industriegesellschaft entwickelten Thesen vom „staatsmonopolistischen Kapitalismus“ sind offensiv gemeint, sollen apologetisch wirken und fördern doch gleichzeitig die Rückkoppelung, daß westliche Vorstellungen und Formen im Osten Eingang finden. Allein als Theorien sind diese Thesen für eine offensive Politik unwirksam. Sie können nur in Verbindung mit den entwor-

fenen Aktivitäten auf der gesellschaftlichen und der staatlich-diplomatischen Ebene virulent werden.

Der Westen wird an seiner Politik der Entspannung gegenüber Osteuropa, er wird an der Politik der Friedenssicherung für ganz Europa und möglichst darüber hinaus festhalten. Er muß jedoch wissen, welche Gedanken und Hintergedanken kommunistische Führer haben oder haben können, wenn sie von „Entspannung“, „europäischer Sicherheit“, „Dialog“ usw. sprechen. Dabei sollten wir die Nuancen in den verschiedenen Ländern durchaus sorgsam studieren, die Differenzierungen herausfinden und auch in Rechnung stellen.

Es will scheinen, als ob die „Politik der Entspannung“ immer mehr zu einem Ringen zwischen einer westlichen und einer kommunistischen Konzeption von Entspannungspolitik wird. Wir befinden uns bereits in einer Phase des Pokerspiels, nicht nur zwischen den beiden großen Kontrahenten.

Die alte Frage der Kommunisten: „Wer — wen?“ hat ihre Geltung behalten. Nur könnte ihre zeitgemäße Anwendung lauten: Wer verändert wen? Dies müssen wir beachten, vor allem auch im Hinblick auf den Übergang zu den siebziger Jahren, der vielleicht gefährlich werden wird.